

Der schluchzende Westen und die Neuvermessung der Welt

Kappel, Robert; Bonschab, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kappel, R., & Bonschab, T. (2021). Der schluchzende Westen und die Neuvermessung der Welt. *WeltTrends: das außenpolitische Journal*, 2021(179), 19-21. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-74778-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/1.0/deed.de>

Terms of use:

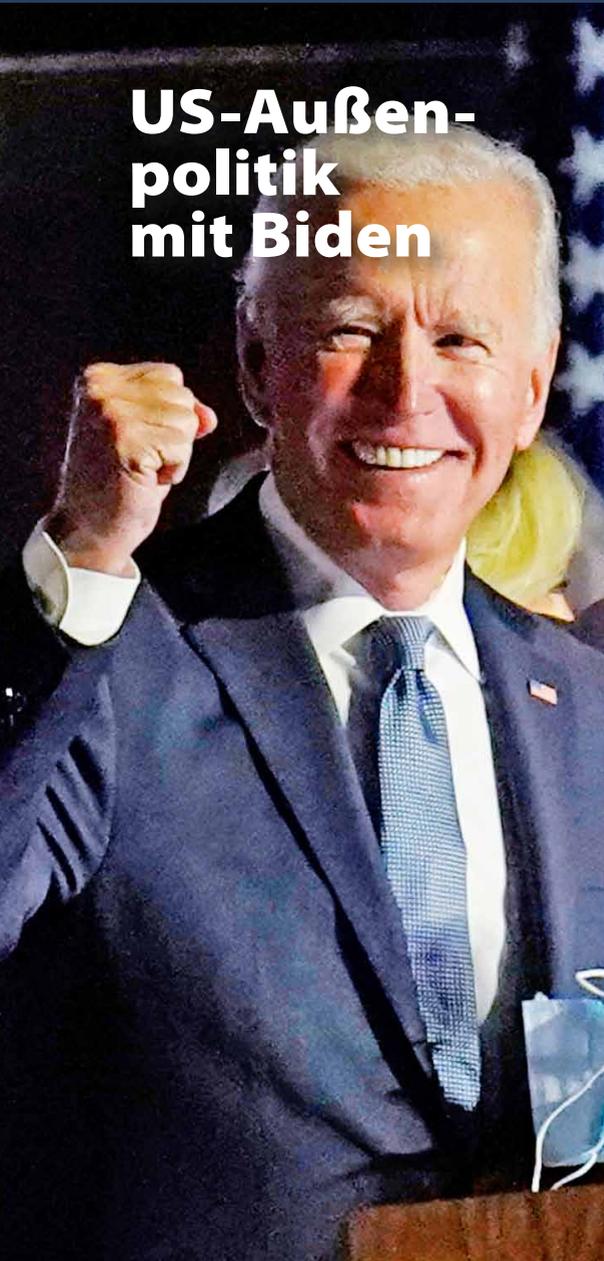
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/1.0>

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

US-Außen- politik mit Biden



Ambivalenter Neubeginn
Bidens Afrika-Politik
Iran und der Schatten Obamas
Globaler Hegemonialkampf

WeltBlick

Fiasko Afghanistan
Wahlen in Russland
Kuba ohne Castros

Historie

100 Jahre KP Chinas

Kommentar

Ohnmacht des Westens

ISSN 0944-8101 | 5,80 €
ISBN 978-3-947802-66-1





Wissenschaft und Frieden

die unabhängige Vierteljahresschrift für Friedensforschung, Friedensbewegung und Friedenspolitik

W&F erscheint vierteljährlich. Einzelheft 12 € plus 2 € Versandkosten (Bitte um Vorkasse: Spk KölnBonn, DE86 3705 0198 0048 0007 72). Jahresabo 45 € (ermäßigt 35 €), Ausland 55 € (ermäßigt 45 €).

W&F erscheint nicht nur gedruckt, sondern auch in digitaler Form – als ePub und PDF. Das Abo kostet für Bezieher*innen der Druckausgabe zusätzlich 5 € jährlich – als elektronisches Abo ohne Druckausgabe 35 € jährlich. Fördermitglieder von Wissenschaft und Frieden (mindestens 60 € jährlich) erhalten auf Wunsch die gedruckte und die digitale Ausgabe.

Bestellungen: W&F c/o BdWi-Service, Giseler Str. 7, 35037 Marburg, E-Mail: vertrieb@wissenschaft-und-frieden.de, www.wissenschaft-und-frieden.de

Frieden lernen, aber wie? – Aktuelle Fragen der Friedenspädagogik

Immer drängender stellt sich in Zeiten der globalen Multikrise die Frage danach, wie Frieden gefunden werden kann: Frieden mit uns selbst, mit unseren Mitmenschen, mit dem belebten Planeten, mit der Welt?

Friedensbildung kommt unbestritten eine zentrale Rolle bei der Ausbildung der menschlichen Friedfähigkeit und Friedfertigkeit zu. Friedensbildung erlebt allerdings gerade auch eine Transformation: sie nimmt wichtige Impulse aus anderen Fachdiskursen bspw. zur Pädagogik jenseits kolonialer Kontinuitäten oder epistemischer Gewalt auf und versucht sich an einer Vielzahl kreativer, anti-hierarchischer Methoden – von Theater bis hin zum Lernen in transpersonaler Verbundenheit. Dabei helfen auch Erfahrungen anderer Kontexte und Gemeinschaften aus aller Welt.

W&F 3/2021 erkundet daher aktuelle Fragen und Herausforderungen im Feld der Friedensbildung, thematisiert theoretische und strukturelle Lücken und problematisiert die Unterfinanzierung.

Die Artikel außerhalb des Schwerpunktes widmen sich den Protesten in Kolumbien sowie dem Abzug aus dem »militärischen Desaster« in Afghanistan. Zudem wird eine Methodenstudie zur Messung des »Spillover« zwischen Rüstungs- und ziviler Industrie vorgestellt.

Wissenschaft und Frieden ist Trägerin des Göttinger Friedenspreises 2018

Den Krieg um Afghanistan hat der Westen verloren, wieder einmal.“ So begann im Jahre 2010 das Editorial im Heft 75. Und 2014 stellten wir im Heft 94 fest: „Wieder geht am Hindukusch ein Krieg zu Ende“ und fragten: „Folgt dem nun Frieden?“ Beide Aussagen und auch die Frage sind wieder aktuell. Die Taliban sind zurück in Kabul und der „Westen“ wehklagt.

WeltTrends hat sich von Beginn des Krieges in Afghanistan an gegen die Bellizisten hierzulande, seien sie schwarz, rosa oder grün, gestellt. Mit dem Wiederabdruck von drei Editorialen von Heften, die sich mit Afghanistan beschäftigten, zeigen wir, dass dieses militärische Engagement von Anfang an ein Abenteuer war, das von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und von vielen Experten kritisiert wurde. Leider stimmte die Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag jahrelang für die Fortsetzung des Krieges, obwohl das Fiasko am Hindukusch absehbar war – und das seit langem!

Im *Thema* geht es um eine Bilanz des ersten Amtsjahres von US-Präsident Biden. Eine Herkulesaufgabe sei es, die gespaltene US-amerikanische Gesellschaft wieder „in die Mitte und zu einem gemeinsamen Dialog zu führen“, so Roland Benedikter. Außenpolitisch wollte Biden einen Neustart und er hat dafür einiges getan: Die Beziehungen zu Europa, auch zu Deutschland, wurden verbessert und in der Klimapolitik engagiert man sich wieder; zugleich verschlechterte Biden das Verhältnis zu Russland – trotz Gipfel in Genf – und zu China. Und er verließ überstürzt Afghanistan. Für Erhard Crome, Gastherausgeber des Schwerpunktes, ist es der Versuch, mit einer „internationalistischen Politik“ den Rückbau der imperialen Überdehnung der Weltmacht USA so zu gestalten, dass grundlegende Interessen gesichert werden. Damit spiegelt Bidens Politik auch jene historische Tendenz wider, auf die Thomas Bonschab und Robert Kappel in ihrem Gastkommentar zur „Neuvermessung der Welt“ verweisen: Das Ende der Monopolstellung des Westens. Das zeigt sich heute besonders deutlich in Afghanistan. 🌐

Potsdam, im August 2021

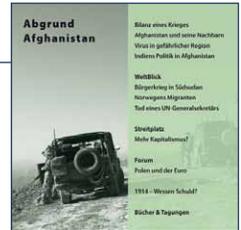

Dr. Raimund Krämer, Chefredakteur



4

WeltBlick

- 4 *WeltTrends und Afghanistan*
- 8 *Wahlen in Russland und die EU*
Boris P. Guseletov
- 13 *Kuba ohne Castros*
Gerhard Drekonja-Kornat



19

Gastkommentar

Der Westen und die Neuvermessung der Welt
Thomas Bonschab und Robert Kappel



22

Thema: US-Außenpolitik mit Biden

- 22 *Ambivalenter Start – Joe Bidens erstes Jahr*
Roland Benedikter
- 29 *Neues Orchester, alte Instrumente – Bidens Afrikapolitik*
Georges Hallermayer
- 39 *Die neue Iranpolitik und der Schatten der Obama-Doktrin*
Ali Fathollah-Nejad
- 41 *Hegemonialkampf im Weltsystem*
Erhard Crome



Historie

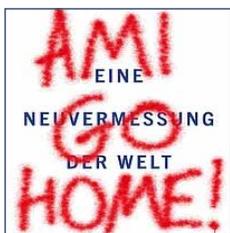
48

Die Kommunistische Partei Chinas wird 100
Chunchun Hu

Forum: Das Humboldt-Forum und die Restitutionsdebatte

54

Wazi Apoh und Andreas Mehler



Bücherschau

60

Vom europäischen Pandämonium und „Ami go home!“

Leserbrief

66

Impressum

67

Afghanistan-Krieg: Die Ohnmacht des Westens

68

Kommentar von Majd El-Safadi

Wort & Strich

72

WeltTrends und Afghanistan

Es ist ein Fiasko mit Ansage. Und wenn jetzt die Klagen über die Niederlage des „Westens“ hierzulande groß sind, so soll an dieser Stelle vermerkt werden: Es waren Transatlantiker wie Norbert Röttgen, flankiert von grünen BellizistInnen und auch immer wieder getrieben von den „Leitmedien“ dieses Landes, die zur Fortsetzung des Krieges aufriefen und sich den Realitäten am Hindukusch verweigerten. Dabei hätte es gereicht, Fontane zu lesen! Kritik an dem Krieg gab es von Anfang an. Die Bevölkerung unseres Landes hat sich nie für diesen Krieg ausgesprochen, die Abgeordneten des Bundestages in ihrer Mehrheit sehr wohl. Von denen gibt es bisher keine kritische Selbstreflexion ob ihres Abstimmungsverhaltens – und sollte es doch dazu kommen, *WeltTrends* druckt dies gern ab.

Wir haben uns entschlossen, die Editoriale jener drei Hefte unverändert hier wieder zu geben, die sich im Schwerpunkt mit Afghanistan beschäftigten. Im Verlaufe der Jahre publizierten wir weitere Einzelbeiträge und Kommentare zu diesem Thema. Die Editoriale sind eine kritische Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Zeitgeist, der auf „Sieg des Westens“ programmiert war. Sie sind polemisch, nicht ohne Ironie geschrieben und geben Zeugnis, dass es auch viele Stimmen wider den Mainstream hierzulande gab und weiterhin geben wird, wenn öffentlich über neue Interventionen palavert wird. RK

Potsdam, den 16.8.2021

Durchhalten und nicht nachdenken

Kurs halten in Afghanistan! Alles andere wäre Feigheit vor dem Feind. Langer Atem sei gefragt. Durchhalten und nicht nachdenken; vor allem nicht über Alternativen der deutschen Afghanistanpolitik. Wer jetzt über Abzug der Bundeswehr aus dem Hindukusch laut nachdenkt, der lasse sich von der Propaganda der Taliban einlullen, der betreibe das Geschäft der „mordenden Islamisten“. Aber es rumort im politischen Berlin. Ein Durchwinken der Beschlüsse über Auslandseinsätze,

speziell in Afghanistan, wird es nicht mehr geben. Die wachsende Zahl von Toten, auch deutschen, beim „militärischen Engagement“ und die zweifelhaften Ergebnisse bei der „Wiederherstellung der Demokratie“, wie sie jüngst beim Treffen der Stammesführer – und nicht demokratisch legitimierter Vertreter – sichtbar wurden, führen in allen Parteien zu Diskussionen, in manchen sogar zu Sonderparteitag. Fragen werden gestellt, Zweifel formuliert. Und auch recht widersprüchliche Antworten geboten: von der eher taktisch begründeten Bündelung von Mandaten über die Forderung nach neuen Einsätzen, wie z.B. in Darfur, bis hin zum Rückzug unserer Streitkräfte. Inwieweit die Idee, die gesamte afghanische Mohnenernte aufzukaufen, dazu gehört, ist Ansichtssache. Die nächsten Monate werden uns weitere Vorschläge bringen – jedoch auf eine Bevölkerung treffen, deren „freundliches Desinteresse“ für die Bundeswehr, so noch vor kurzem Bundespräsident Köhler, sich allmählich in ein „wachses Interesse“ wandelt.

Dieser kritischen Öffentlichkeit ist *WeltTrends* verpflichtet. Im Frühjahr dieses Jahres begannen wir eine Debatte über deutsche Militärpolitik, die wir im Sommerheft (Nr. 55) fortsetzten. In diesem Heft nun wird im Thema Militärmacht Deutschland aus unterschiedlichen Sichten und mit zum Teil konträren Positionen diskutiert. Wenn man einen gemeinsamen Nenner aller Beiträge nennen will, so ist es die Forderung nach „Mehr Politik!“, nach mehr öffentlicher Debatte, in der mit klarer Sprache die Dinge beim Namen genannt werden: Interessen, Aufgaben, Kriterien, Verantwortlichkeit und Legitimation.

Dass die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes für ein „Raus aus Afghanistan“ ist, wird von (einigen) Politikern noch arrogant ignoriert. Man könne „nicht der Stimmung der Bevölkerung folgen, sondern muss politische Verantwortung übernehmen“, meint Peter Struck von der SPD. Ja, Herr Struck, Politik sollte Verantwortung übernehmen. Klar zur Wende in der Afghanistanpolitik! Ree!





Exit Afghanistan

Den Krieg um Afghanistan hat der Westen verloren, wieder einmal. Nun reden alle vom Abzug. Einige, wie die Niederländer, haben schon die richtige Entscheidung für sich getroffen: Sie ziehen ab. Andere, wie US-Präsident Obama und die Regierungskoalition in Berlin, verstärken erstmal ihre Truppen, um - wenn schon nicht mit „erhobenem Haupt“, so doch „ohne Gesichtsverlust“ – das Land am Hindukusch verlassen zu können. Ob dies aufgeht, ist mehr als fraglich. 2014 ist das magische Jahr: Danach wird „Afghanistan“ hierzulande wohl nur noch für Historiker und Ethnografen von Interesse sein. All jene, die in den letzten zehn Jahren im Parlament und im Feuilleton für diesen Krieg gestimmt oder geschrieben haben, werden sich dann „neuen globalen Herausforderungen“ zuwenden. Bis dahin aber will sich Berlin verstärkt engagieren, auch militärisch. *Partnering* heißt das geschmeidige Wort, mit dem kaschiert werden soll, dass deutsche Soldaten (als Ausbilder) verstärkt in der Fläche, d.h. bei Kampfhandlungen, präsent sein werden. Eine solche Ausweitung wird zu weiteren Opfern führen: in der afghanischen Bevölkerung und auch bei deutschen Soldaten. Dessen sollten sich alle bewusst sein.

Im Frühjahr 2011 hat der Deutsche Bundestag erneut über das Mandat der Bundeswehr für Afghanistan zu entscheiden. Naivität oder Illusionen sind da nicht nur fehl am Platz, sondern können sogar tödlich sein. Es würde nicht nur der Auffassung der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung entsprechen, sondern auch der politischen (und militärischen) Vernunft, wenn das Parlament die Bundeswehr zurückholt - sicherlich nicht kopflos, aber sofort! Es würde auch den Souverän wieder stärker ins Spiel bringen, wenn es um die Fragen von „Krieg und Frieden“ geht. Dort gibt bisher die Exekutive den Ton an. Ein solcher Abzug würde weitere Opfer unter deutschen Soldaten verhindern und auch eine politische Lösung des afghanischen Knotens befördern. Für ein frischgebackenes Mitglied des UN-Sicherheitsrates sicherlich eine lohnende Aufgabe!

Potsdam, im Oktober 2010

Erschienen in WeltTrends 75 (November/Dezember 2010)

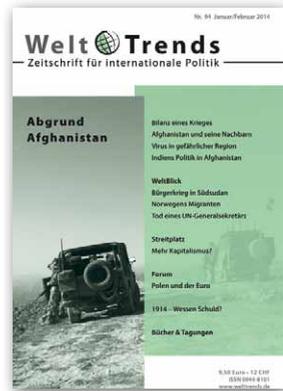
Abgrund Afghanistan

Wieder geht am Hindukusch ein Krieg zu Ende. Folgt dem nun Frieden? Der Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan steht an; er soll zum Ende des Jahres abgeschlossen sein. Aber ausländische Truppen, auch deutsche, werden weiterhin „vor Ort“ sein. Zwischendurch wird es Präsidentschaftswahlen mit ungewissem Ausgang geben. Bilanzen der vergangenen zwölf Jahre „Krieg in Afghanistan“ werden schon seit geraumer Zeit gezogen. Sie fallen nach Institution und politischer Sicht zwar unterschiedlich aus, aber in der Ernüchterung ist man sich einig. Afghanistan ist weiterhin nicht nur ein armes, sondern auch ein unsicheres, instabiles Land. Die anfänglich proklamierten Demokratisierungsziele wurden dem „Krieg gegen den Terror“ untergeordnet. Aber auch dort ist das Ergebnis bescheiden, wenn selbst der afghanische Präsident Hamid Karzai im Oktober 2013 feststellt, dass „an der Sicherheitsfront das ganze NATO-Unternehmen Afghanistan eine Menge Leiden (...) und keinen Zugewinn brachte, denn das Land ist nicht sicher“.

Zu dieser traurigen Bilanz gehören auch 54 in Afghanistan getötete deutsche Soldaten (Stand 6.10.2013). Hinzu kommen die Verwundeten und die Traumatisierten, von den enormen materiellen Verlusten gar nicht zu reden. Die Beendigung dieses Krieges sollte für Militär und Politik hierzulande nicht nur als ein logistisches Problem verstanden werden, sondern Anlass sein, über Kriege im 21. Jahrhundert und die Rolle Deutschlands ernsthafter nachzudenken.

Afghanistan ist auch ein regionales Problem. Dieses Land ist ethnisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch eng mit Zentralasien, mit Pakistan und dem Iran verbunden; es strahlt in den Norden des indischen Kontinents – ein Raum, den man mit Fug und Recht als konfliktreich, ja gefährlich bezeichnen kann. Ein kollabierendes Afghanistan kann die gesamte Region in den Abgrund reißen. Regionales Engagement ist gefragt. Der Istanbul-Prozess ist ein hoffnungsvoller regionaler Ansatz. Ob den über 30 Jahre dauernden bewaffneten Auseinandersetzungen in und um Afghanistan nun ein Westfälischer Frieden folgt, der das Land und den gesamten Raum stabilisiert, ist aber mehr als fraglich.

*Potsdam, im Januar 2014
Erschienen in WeltTrends 94 (Januar/Februar 2014)*



Wahlen in Russland und die Beziehungen zur EU

Boris P. Guseletov

Am 19. September finden in der Russischen Föderation Wahlen zur Staatsduma, dem Unterhaus des russischen Parlaments, statt. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die Ergebnisse dieser Wahlen sich auf die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union auswirken werden.

Russische wie auch europäische Politiker und Experten stimmen darin überein, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union derzeit in einem äußerst schlechten Zustand befinden. Am 23. März 2021 erklärte Außenminister Lawrow auf einer Pressekonferenz mit dem chinesischen Außenminister Wang Yi, dass es mit der Europäischen Union als Organisation keine Beziehungen mehr gebe. Mit den einseitigen Entscheidungen Brüssels sei die Infrastruktur der bisherigen Beziehungen zunichtegemacht, seien alle über viele Jahre aufgebauten Mechanismen der Zusammenarbeit zerstört worden. Sein Amtskollege von der Europäischen Kommission, Josep Borrell, vertrat auf einer Pressekonferenz im Juni die Ansicht, dass eine Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland unter den derzeitigen Umständen in weiter Ferne liege. Die unter Führung von Borrell für den Juni-Gipfel des Europäischen Rates vorbereitete neue außenpolitische Strategie gegenüber Russland definiert zwar deren zukünftige Prinzipien: Distanz, Abschreckung und Interaktion. Sie entwirft aber hinsichtlich einer konkreten Kooperation nur ein sehr vages Bild. Es hat den Anschein, als suche man in Brüssel immer noch nach Wegen, wie die Beziehungen zu Moskau auf eine vorhersehbarere Ebene gehoben werden können. In strategischen Fragen, die für die EU von Interesse seien, signalisierte Brüssel Bereitschaft, mit Russland selektiv zu kooperieren. Dabei könnte es um die Bereiche Gesundheit, Klima und Umwelt, das Nuklearabkommen mit dem Iran, die Terrorismusbekämpfung sowie globale und regionale Konflikte gehen.

Auch im Bereich Handel und Wirtschaft ist eine Verschlechterung der Zusammenarbeit beider Seiten nicht zu übersehen. So ging im Jahr 2020



Kurz vor den Wahlen: Das Gebäude der Staatsduma in Moskau

der Handelsumsatz Russlands mit der EU um 21 Prozent auf 219 Milliarden US-Dollar zurück. Der stellvertretende Außenminister Gruschko verwies darauf, dass dieser Wert im Jahr 2013, also in besseren Zeiten der Beziehungen, bereits bei 417 Milliarden US-Dollar lag. Über 30 Jahre war die Europäische Union konstant der wichtigste Handelspartner Russlands, bevor ihre Bedeutung stetig abnahm.

Mit einem Anteil von 5,7 Prozent am Handelsumsatz der EU (2019) ist Russland aktuell noch ihr fünftwichtigster Handelspartner. 2017 belegte man noch den dritten Rang und deckte dabei einen erheblichen Teil der Energieimporte der EU ab: 25 Prozent bei Erdöl, 38 Prozent bei Erdgas (2019), 42 Prozent bei Kohle (2018). Mehr als 30 Prozent der Energieimporte der EU kamen damit aus Russland; in Ost- und Mitteleuropa war ihr Anteil noch höher. Allerdings bedeutet die Dekarbonisierungsstrategie der EU für Russland auch, dass sowohl die Nachfrage zurückgeht als auch die Größe des Energiemarktes in der EU abnimmt.

Russische Parteien und ihre europäischen Partner

Vor dem Hintergrund der drastischen Verschlechterung der politischen Beziehungen und des bereits fast sieben Jahre andauernden

Sanktionskrieges zwischen der EU und der Russischen Föderation sind die Erwartungen an eine Verbesserung der Beziehungen nach den Wahlen

Auch in der Wirtschaft gibt es eine Verschlechterung der Zusammenarbeit beider Seiten.

zur Staatsduma nicht allzu hoch. Dabei entwickelten sich die politischen Beziehungen, einschließlich deren parlamentarischen und parteipolitischen Säulen, noch vor

wenigen Jahren recht erfolgreich. Bis 2014 arbeitete der Interparlamentarische Kooperationsausschuss Russland-EU sehr aktiv.

Nach und nach entwickelte sich in dieser Zeit auch die Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien. So strebte die Partei „Einiges Russland“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts sogar an, der Europäischen Volkspartei beizutreten. Nach 2014 wurden diese Kontakte ausgesetzt und man orientierte sich vielmehr auf eine Zusammenarbeit mit Parteien wie der österreichischen FPÖ, der Alternative für Deutschland und dem französischen Rassemblement National.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation führte ihrerseits mit der Partei der Europäischen Linken und einer Reihe ihrer Mitgliedsparteien Konsultationen durch. Diese endeten jedoch erfolglos, da die europäische Linke die in der Parteiführung der KPRF vorhandenen stalinistischen Positionen ablehnte.

2008 unterzeichnete die Duma-Fraktion der sich sozialdemokratisch verortenden Partei Gerechtes Russland eine Absichtserklärung (MoU) über die Zusammenarbeit mit der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Auf ihrer Grundlage fanden mehrere gemeinsame Aktivitäten statt. In den letzten Jahren wurden allerdings alle Verbindungen zwischen der SPE und der Partei Gerechtes Russland eingestellt und so gelten heute die moldauischen Sozialisten, sowie die kommunistischen Parteien Vietnams, Chinas und Kubas als ihre Hauptpartner.

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für
Politik, Kunst und Wirtschaft.

In der Tradition der Weltbühne
von Siegfried Jacobsohn, Kurt
Tucholsky und Carl von Ossietzky.

Jeden zweiten Montag auf
www.das-blaetichen.de

1991 gründete sich die Liberal-demokratische Partei Russlands (LDPR), die sich nationalistisch und rechtspopulistisch positioniert. Sie hat traditionell keine Partner in Europa.

Eine Reihe liberaler Parteien, so die Partei „Jabloko“ von Grigori Jawlinski, die vom früheren Ministerpräsidenten Kassjanow geleitete Partei der Volksfreiheit (PARNAS), die 2016 vom Vorsitzenden des Verbandes der Privatunternehmen „Business Russia“ Boris Titow gegründete Wachstumspartei und die von Andrey Nechaev, dem ersten Wirtschaftsminister unter Boris Jelzin, geführte Partei „Bürgerinitiative“ haben traditionell gute Beziehungen zu europäischen Parteien, darunter auch zur ALDE, der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und deren Mitgliedsparteien. Heute sind diese Parteien jedoch nicht im russischen Parlament vertreten und werden wahrscheinlich auch bei den anstehenden Wahlen nicht in die Duma einziehen, sodass ihr Einfluss auf die Beziehungen zwischen Russland und der EU keine unmittelbare Bedeutung hat.

Folgen der Wahlen für die Beziehungen zur EU

Folgt man den Ergebnissen der aktuellen Umfragen, so wird sich die neue Zusammensetzung der Staatsduma nicht wesentlich von ihrer heutigen unterscheiden. Die Meinungsforscher sehen es als wahrscheinlich an, dass die gleichen vier Parteien wie bisher darin vertreten sein werden: die Partei Einiges Russland, die Kommunistische Partei, die LDPR und die Partei Gerechtes Russland, deren Zustimmung nach dem Zusammenschluss mit der Partei „Für die Wahrheit“ des Nationalisten Prilepin aber deutlich abnimmt. Man geht davon aus, dass die Partei Einiges Russland ihre absolute Mehrheit behält und damit weiterhin alle Schlüsselbereiche der parlamentarischen Arbeit, einschließlich der internationalen Zusammenarbeit, kontrollieren wird. Da die Partei selbst unter der strengen Kontrolle der russischen Präsidialverwaltung bleiben wird, sind von ihr auch keine Überraschungen hinsichtlich einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und der EU zu erwarten. In diesem Kontext werden die außenpolitischen Spitzenpolitiker aller dann in der Staatsduma vertretenen Parteien auch zukünftig wohl eher scharf kritische Positionen gegenüber der EU einnehmen und ihr eine Abhängigkeit von den USA vorwerfen. Vor diesem Hintergrund erhalten

Derzeit einziger Kanal für die Pflege der Beziehungen ist die öffentliche Diplomatie.

das Außenministerium und die Präsidialverwaltung den Spielraum, sich selbst als relativ vernünftig und konstruktiv darzustellen.

Angesichts des Fehlens eines politischen Dialogs zwischen den Vertretern der politischen Klasse Russlands und der Europäischen Union ist das Interesse bei vielen Vertretern der Zivilgesellschaften in unseren Ländern hoch, die gewachsenen guten Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur zu erhalten. Der aktuell wichtigste und fast einzige Kanal für die Pflege der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der EU bleiben Kontakte im Bereich der sogenannten öffentlichen Diplomatie: wissenschaftliche, pädagogische und kulturelle Kontakte, gemeinsame Veranstaltungen und Informationsaustausche. Es bleibt zu hoffen, dass in einer nicht fernen Zukunft, wenn der politische Dialog zwischen Russland und der EU wieder aufgenommen wird, diese Kontakte es dann ermöglichen, bei der Erneuerung der Beziehungen schnell voranzugehen. 🌐

Aus dem Russischen von Norbert Hagemann



Dr. Boris Pavlovich Guseletov

geb. 1955, leitender Wissenschaftler des Bereichs für soziale und politische Studien, Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften
bguseletov@mail.ru

ANZEIGE



WeltTrends 119 | September 2016

Berlin und Moskau – wie weiter?

In diesem Heft geht es um die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. Sie haben sich deutlich verschärft, und nicht erst seit der Ukraine-Krise. Eine wichtige Rolle dabei das Verhältnis zwischen Berlin und Moskau. Wo liegen die Ursachen für die Verschlechterung? Wie kann es in Politik und Wirtschaft weitergehen? Diesen Fragen gehen Experten aus beiden Ländern im Thema nach.

Weiterhin im Heft: der Brexit, der Wahlkampf in den USA sowie die Wahl des neuen UN-Generalsekretärs.

Kuba im Post-Castrismus

Gerhard Drekonja-Kornat

Kuba ohne Castro! Ist das denkbar? Durchaus – Fidel, der Chef, hat vor seinem friedlichen Dahinscheiden an den Bruder Raúl übergeben. Dieser führte die Revolution als „Raúlismo“ weiter, um Ende April 2021, fast 90-jährig, auf dem 8. Parteitag der kubanischen KP den Vorsitz an Staatspräsident Miguel Díaz-Canel weiterzugeben. Damit kommt die Castro-Ära von 1959 bis 2021 zumindest nominell an ihr Ende. Wie geht es nun auf der Karibikinsel weiter?

2021 brachte viel Neues: Trump ist out, und Havannas internationaler Flughafen wurde vorsichtig für Devisentouristen wiedereröffnet. Doch der fast kaputte Staat muss wirtschaftlich reagieren: Vorrangig mit der überfälligen Zusammenführung der Währungen, eingefasst von einem ehrgeizigen, aus 110 Gesetzen und Normen bestehenden Lohn-Preis-Paket, welches seit den ersten Januartagen unterwegs ist. Staatsbetriebe müssen nunmehr schrumpfen, während Angestellte ihr Glück am kleinkapitalistischen Markt suchen müssen. Eigeninitiative ist plötzlich nicht mehr „konterrevolutionär“, sondern revolutionäre Pflicht! So war es ursprünglich nicht ausgemacht: Als ein Zivillist, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, ein rüstiger Sechziger, seit April 2018 Präsident des Staats- und Ministerrates und seit Oktober 2019 auch Staatspräsident, die Amtsgeschäfte übernahm, wollte er nicht mehr „*actualizar la revolución*“ betreiben, also mit vorsichtigen Anpassungen regieren, ohne die Revolution zu opfern – wofür Raúl Castro, inzwischen nur noch Vorsitzender der kubanischen KP, die Garantie abgab. Indes, die aktuelle wirtschaftliche Beinahekatastrophe verlangt brutale Entscheidungen.

Inzwischen ist die kubanische Revolution mehr als 60 Jahre alt. Viele heroische Taten gelangen: Der bösartige Rassismus der weißen Elite mit einem Streich gelöscht! Analphabetentum in zwei Jahren eliminiert! Lebenskosten drastisch gesenkt! Medizin für alle! Stolz und Würde der kubanischen Männer und Frauen gefördert! Aber es bleibt die Frage: Warum hat die Revolution es nie fertiggebracht, ausreichend Güter des Alltags, Handwerkszeug, Textilien, Küchengerätschaften, Ventilatoren, Kühlschränke oder Zahnpasta bereitzustellen? Ganz zu schweigen von Nahrungsmitteln,

für die Havannas BürgerInnen bald Schlange stehen mussten, auf den Schwarzmarkt ausweichen oder einfach schwarz „organisierten“? Es gilt dafür die große Ausrede – „*el bloqueo*“, sprich das Embargo seitens der Vereinigten Staaten. Es gibt aber auch ideologische Gründe: Die Revolution misstraute den Bauern, die immer als potentielle Konterrevolutionäre verdächtigt wurden. Und misstraute noch mehr den selbständigen Mikrounternehmern, was zuerst Mitte der 1980er Jahre experimentell freigegeben und dann wieder zurückgenommen wurde. Trotz solcher Widersprüche

„Die Regierung hatte eine Bande von Gaunern aus uns gemacht, die sich großartig fühlte, wenn sie ein paar Pesos in der Tasche hatte.“

schlug man sich bis Ende der 1980er Jahre einigermaßen durch. Als die Sowjetunion 1990 zerfiel, stand Kuba plötzlich ohne Reserven da. Eine bösertige Krise braute

sich zusammen. Hungerrevolten brachen aus. Es musste zur Abfederung ein „*periodo especial en tiempos de paz*“ ausgerufen werden. Von der Not getrieben, fiel die Entscheidung, Kuba dem Devisentourismus zu öffnen. Fidel Castro opponierte. Um damals in Havanna zu überleben, rechtfertigte sich jede Gemeinheit. So erinnert sich der Chefredakteur einer digitalen Zeitschrift, Jorge Alberto Aguiar Díaz: „Alle hatten sich angewöhnt, zu stehlen. Zu stehlen, um etwas zu essen zu haben. Die Regierung hatte eine Bande von Gaunern aus uns gemacht, die sich großartig fühlte, wenn sie ein paar Pesos in der Tasche hatte“. Kuba schien im Stillstand zu verkommen.

So konnte es nicht weitergehen. Also zurück zum Tourismus! Dazu gehörte auch die Idee, die historische, inzwischen verslumende Altstadt (*La Habana Vieja*) zu renovieren und mit den Einnahmen das ehrgeizige Projekt zu finanzieren. Die Rechnung ging auf. Nach mehr als drei Dekaden sorgsamer Rekonstruktion glänzt die historische Altstadt heute als Juwel, ist anerkanntes UNESCO-Kulturerbe. Um kein falsches Bild vom heutigen Havanna zu vermitteln: Die großartige Renovierung von *La Habana Vieja* lässt alle anderen Viertel links liegen. Insbesondere das *Centro*, das im 19. Jahrhundert auswuchernde Viertel jenseits der alten Stadtmauer, verfällt erschreckend. Ganz zu schweigen von *Guanabacoa*, wo auch die illegal aus dem Osten Zugewanderten (freier Wohnort in Kuba gilt nicht!) hausen, wobei Leonardo Padura, Kubas Meisterromancier, die dortigen Zustände als „schlimmer als Haiti“ qualifiziert. Und dann gibt es ein anderes Viertel, supermodern, akzentuiert vom



Unter den Augen von Fidel: Demonstrationen gegen die Regierung in Havanna am 11. Juli 2021

überdimensionalen Betondaumen der russischen Botschaft, wo sich das internationale, um den Tourismus zentrierte Geschäftsleben abspielt, mit Hotels, Büros, Banken – eine moderne Enklave, in die sich die Bewohner des bitterarmen Stadtviertels *Regla* auf der anderen Seite der Bucht, fast durchweg Afrokubaner, nie hintrauen.

Die Touristen kamen. Zuerst Kanadier und Westeuropäer. Bald 500.000 im Jahr, dann eine Million, rasch aufgestockt auf zwei Millionen, und, mit zögerlicher Reiseerlaubnis aus Washington, Hunderttausende extra. Im bisher letzten Zähljahr schloss der Tourismus mit mehr als vier Millionen Besuchern ab. Eine ehrgeizige Projektplanung will die jährliche Besucherzahl auf sieben Millionen steigern. Dank des touristischen Erfolgs brauchte die Revolution jetzt wieder die in den 1960ern Jahren verfeimten Künstler, Sänger, Gitarristen, Tänzer, Balletteusen. Es explodierte der *Son Cubano*. Zur Vermeidung von Inflation sowie einer offenen Dollarisierung wurde die Fiktivwährung des an den US-Dollar gebundenen CUC (*Peso Cubano Convertible*) geschaffen, denn der CUP (*Peso Cubano*) ließ sich nur in der Staatswirtschaft nutzen und war taubes Papier. Wer CUCs im Tourismusgeschäft ergattern konnte, schlug sich besser als die CUP-Habenichtse durch den mühsamen Alltag. Dies alles

ist mit der Währungsreform vom 1. Januar 2021 nun Makulatur. Es triumphiert erneut der CUP-*Peso Cubano*, in Relation 1:23 zum US-Dollar. Jetzt wütet eine grausame Inflation – ein Phänomen, das Havanna bis dato nicht kannte.

Ein Schritt zurück: Mit dem zaghaften „Raúlismo“, wie die nach Raúl Castro benannte Zeit hieß, kam es ab 2011 zu vorsichtigen Öffnungen im wirtschaftlichen Bereich. An die 120 Berufe wurden freigegeben. Ein bisschen Kapitalismus. Aber solches gelang nur jenen, die CUCs in der Hand hatten, umgetauscht gegen Dollarscheine, übersandt von Verwandten aus Miami oder als Betreuer von Devisentouristen. Dennoch, in jüngster Zeit kam es zu interessanten Momenten. Bei aller Ungleichheit regte sich Havanna immer lebhafter und begann auch Luxus zu zeig-

Was Gewinn bringt, ist erlaubt und soll das Land wieder flottmachen.

gen. Und dann das Wunder: US-Präsident Barack Obama kam im März 2016 in die kubanische Kapitale und saß neben Raúl Castro auf einer Bank im Baseballstadion. Türen öffneten sich. Kreuzfahrtschiffe von US-Reedereien durften in das Hafenbecken der kubanischen Kapitale einfahren. Havanna holte tief Atem. Ein gesellschaftlicher Frühling. Auf dem Malecón wurden sogar Autorennen für eine Hollywood-Filmproduktion veranstaltet – was der gloriose Bildband über Havanna der beiden Deutschen Sven Creutzmann und Bert Hoffmann (München 2019) atemberaubend dokumentiert. All dies gipfelte 2019 in Feiern: 60 Jahre Revolution! 500 Jahre Stadt La Habana! Kanadische Pyrotechniker zündeten im November 2019 zu Ehren der kubanischen Hauptstadt ein pharaonisches Feuerwerk.

Dann Pech: Donald Trump residierte im Weißen Haus. Es begann mit einzelnen Nadelstichen, die sich zu schmerzhaften Hieben verdichteten. Die bejubelten US-Kreuzfahrtschiffe durften seit September 2019 nicht mehr einlaufen. Und dann der harte Schlag: Erdöltanker aus Venezuela schaffen es nur sporadisch nach Havanna; die Folge: Knappheit bei Elektrizität und Kochgas. Warteschlangen dauerten nicht nur Stunden, sondern Tage! Und dann noch Covid-19! Das Virus erreichte Kuba am 11. März 2020. Sofort Einreisestopp! 60.000 Europäer, zu jenem Moment auf der Insel, wurden überhastet zurückgeholt. Alle Hotels waren plötzlich ohne Gäste. So entpuppte sich infolge von Corona der Devisentourismus, welcher die Revolution beinahe triumphieren ließ und dem alle revolutionären Inhalte geopfert worden waren, als Falle.

Was jetzt tun?

Kubas Politik antwortete darauf mit vielen kleinkapitalistischen Freigaben und einem umfassendes Lohn-Preis-Abkommen, wie seit Januar 2021 einstimmig von Politik, Armee und Kommunistischer Partei, also auch von Raúl Castro mitgetragen, dekretiert. Eigentlich hat dies nichts mehr mit der ursprünglichen Revolution zu tun: Staatsbetriebe abmagern und die Freigesetzten zu eigener unternehmerischer Tätigkeit ermuntern – das schmeckt ziemlich „neoliberal“. Aber vielleicht funktioniert es. Dass auch die kleinbäuerliche Landwirtschaft freier atmen darf, könnte mit der Zeit viel Protokapitalismus aufblühen lassen, was Kuba eine Art „vietnamesischen Weg“ einschlagen ließe und Havannas Bevölkerung ernähren könnte. Es scheint das Motto zu sein: Was Gewinn bringt, ist erlaubt und soll das Land wieder flottmachen.

Leider hoffnungslos sieht es bei intellektuellen Freiheiten aus, denn zu drakonisch funktionieren im total verdrahteten Havanna die Kontrollen. Sie lähmen Havannas atomisierte Zivilgesellschaft, deren Energie vom alltäglichen Überlebenskampf aufgesaugt wird. Es bleibt das übliche Misstrauen: Als der Rapper Denis Solis unlängst wegen zu frecher Beiträge kurzfristig ins Gefängnis musste, protestierten einige Dutzend Kunstschaffende vor dem Kulturministerium. Gleich wurde aus Miami eine kulturelle Protestbewegung „*San Isidro*“, benannt nach einem vernachlässigten Wohnbezirk, wo zum Ärger der Anrainer ein neues Fünf-Sterne-Hotel hochwächst, ausgerufen. Es gab internationale Kommentare – und sofort reagiert das offizielle Kuba empört auf diese „konterrevolutionäre Provokation“ – womit vorerst alles beim Alten bleibt.

Es ist offensichtlich: Präsident Miguel Díaz-Canel darf die nunmehr auf Gewinn ausgerichtete kleinkapitalistische Privatwirtschaft umfassend reformieren und viele der absurden Kontrollen abschaffen. Aber ein „kubanischer Gorbatschow“ ist er nicht. Der kulturelle Bereich bleibt verhärtet. Schade, denn Trump schreckt nicht mehr. Mit Biden wehen für Kuba günstigere Winde, obwohl Washington es mit einer Annäherung nicht eilig hat. Erste Devisentouristen sind wieder da. Wirtschaftlich könnte dank der neuen Freiheiten viel aufblühen. Aber Klio, die aufmüpfige Muse der Geschichte, würde Kuba gern mit offenem Lorbeer voller kultureller Freiheiten krönen. Vorerst traut Staatschef Díaz-Canel sich nicht. Leider! Kubas „Post-Castrismus“ mag kleinkapitalistisch reüssieren, bleibt aber in Sachen kultureller Freiräume verbockt.

Post Scriptum: Miguel Díaz-Canela hätte seine Sternstunde am 11. Juli 2021 haben können, als angesichts der fast hoffnungslosen Versorgungslage, medizinischer Notstand erstmals eingeschlossen, nicht nur in Havanna, sondern auch in Provinzstädten spontan Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gingen und nicht mehr „Vaterland oder Tod“, sondern „Vaterland und Leben“ (*Patria y Vida*) skandierten. Also keine Spur von „Konterrevolution“! Allein, ihm fiel nach einigem Zögern nur der massive Einsatz seiner Sicherheitsmilizen sowie das Abschalten des mobilen Internets, das er 2018 freigegeben hatte, ein. Nein, das Ende der kubanischen Revolution ist das noch nicht! 🌐



Gerhard Drekonja-Kornat

geb. 1939, Historiker, zahlreiche Publikationen zu Lateinamerika und zur Geschichte der internationalen Beziehungen, Emeritus der Universität Wien

Gerhard.drekonja@chello.at

ANZEIGE



WeltTrends 150 | April 2019

Regierungsturz in Venezuela?

Sembrar petroleo! Erdöl aussäen, um eine industrielle Basis zu schaffen, die Fortschritt für alle bringt. Das wurde zur Basis unterschiedlicher politischer Experimente in Venezuela, zuletzt eines sozialistischen. Dem Fluch des schwarzen Goldes entging auch nicht das „sozialistische Experiment“ eines Hugo Chávez. Das Land, das eine so lange Geschichte der Gewalt hat, steht wieder vor einer Entscheidung.

Der schluchzende Westen und die Neuvermessung der Welt

Thomas Bonschab und Robert Kappel

US-Präsident Biden ist noch keine 100 Tage im Amt, und schon ist klar, dass zwar ein zivilisierterer Stil im internationalen Umgang zurückgekehrt ist, aber der grundlegende Wandel der Weltordnung keinen Rückwärtsgang einlegt. Die Monopolstellung des Westens mit seinen Regeln und Institutionen wird schon länger in Frage gestellt. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer verzeichnen hohes Wirtschaftswachstum und haben ihre Süd-Süd-Kooperation vertieft. Dadurch sind neue Konstellationen in der Weltordnung im Anmarsch. In dieser Dynamik muss die EU ihre Rolle finden.

These 1: Der Konflikt zwischen den USA und China wird langfristig bestimmend bleiben.

Schon der Blick auf die vergangenen Handelskonflikte der USA mit der Sowjetunion und Japan legt nahe, dass auch der Konflikt zwischen den USA und China eine langfristige Angelegenheit von nicht weniger als 20 bis 30 Jahren sein wird. Die Europäische Union sollte sich dabei nicht einseitig auf Seiten des transatlantischen Freundes positionieren, sondern wechselnde Allianzen eingehen. Die USA haben heute schon in vielen Bereichen ihre alte Ordnungsrolle verloren. Auf absehbare Zeit werden weder die USA, noch China oder die EU in der Lage sein, eine alleinige globale Führungsrolle einzunehmen.

Durch Trumps *America First*-Politik hat Europa – das den größten Markt stellt – die Vorreiterrolle mit Blick auf die Offenheit von Märkten übernommen. Allein China holt auf, das im Rahmen verschiedener Programme Freihandelsideen proklamiert und sich damit gegenüber den USA positioniert. Global wirksame Langzeitfinanzierung wird gleichermaßen von Europa und den USA bereitgestellt, aber China holt auch hier auf, was sich insbesondere an den Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der *Belt-and-Road-Initiative* zeigt. Die USA hingegen betonen private Portfolioinvestitionen und den Abbau von Kapitalverkehrskontrollen und agieren eher prozyklisch.

Wechselkursstabilität: Die Geldpolitik der USA orientiert sich zunehmend an US-nationalen Zielen. Auch in anderen Bereichen der Makro-Koordination verlieren die USA ihre Führungsmacht. Die neomerkantilistische Politik steht der makroökonomischen Koordination durch die G20 bzw. G77 entgegen.

Zufluchtgläubiger: Zwar spielt die US Federal Reserve international noch die wichtigste Rolle als *lender of last resort* im Falle weltweiter systemischer Finanzkrisen. Aber spätestens seit der Finanzkrise 2008 und der Interventionen durch China ist auch in diesem Bereich die Rolle der USA faktisch und moralisch stark geschwächt.

Friedenssicherung: Die USA haben ihre Fähigkeit und vor allem ihren Willen verloren, global als Friedensstifter zu agieren, obwohl sie 50 Prozent aller globalen Militärausgaben tragen. Der Rückzug aus den globalen Krisengebieten ist als Leitidee des *America First* angelegt. Es ist abzuwarten, ob Biden wieder eine militärische Hegemonialstrategie beanspruchen wird.

Die Transformationsfähigkeit hat sich diversifiziert. Auch Schwellenländer wie Vietnam, Marokko oder Kolumbien verzeichnen große Fortschritte bei der Modernisierung ihrer Ökonomien. Hinsichtlich der Entwicklung von Spitzentechnologien in den Schlüsselindustrien hat besonders China gegenüber den USA und Europa aufgeholt. China hat inzwischen sein eigenes Silicon Valley in der Provinz Guangdong entwickelt. 70 Prozent der weltweiten „Unicorns“ stammen entweder aus den USA oder China.

These 2: Europa ist weniger geschwächt als oft behauptet wird.

Der Druck auf Europa, in diesem Wettbewerb nicht verloren zu gehen, ist real. Allerdings besteht kein Grund, die Lage so schlecht zu reden, als hätte man nichts entgegenzusetzen. Europa ist – und bleibt vorerst – der Wachstumspol der Weltwirtschaft. Es zieht bei weitem die höchsten externen Investitionen an. Die EU liegt hierbei sogar deutlich vor den USA. China holt zwar auf, aber die Lücke zur EU wird nicht signifikant geschlossen. Allein im Jahr 2019 betrug die Differenz mehr als 300 Milliarden US-Dollar. Über die letzten acht Jahre summierte sich der Unterschied der Zuflüsse auf 3.000 Milliarden US-Dollar. Der Unterschied ist gigantisch. Schon allein deshalb sind Klagen darüber, wie Europa von China abgehängt wird, aus der Luft gegriffen. Die zentrale Rolle Europas zeigt sich auch in den Anlagevermögen der Weltinvestitionen. Vom gesamten Weltinvestitionsbestand entfielen im Jahr 2017 circa 28 Prozent auf die EU, auf die USA 25 und auf China 5 Prozent. Auch was den Anteil am Welt-handel betrifft, liegt die EU weiterhin vorn. Trotz eines geringeren Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu den großen neuen Handelsblöcken hat die EU, besonders Deutschland, einen Vorsprung gegenüber der jüngst in Asien gegründeten *Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP)*, der noch viele Jahre anhalten wird.

These 3: Die Länder der Gruppe der 77 haben irreversibel gegenüber den G7 aufgeholt.

Wirtschaftlich wächst die Bedeutung der (ehemals) ärmeren Länder. Die Wachstumsraten der Pro-Kopf-Einkommen betragen in den OECD-Ländern 1,4 Prozent (2013 bis 2022), in den Entwicklungs- und Schwellenländern 3,1 (2013 bis 2017) bzw. 3,6 Prozent (2018-2022). Vor allem die Länder Asiens tragen zu diesem Trend bei. Mit der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung wird sich auch der Anspruch an globale Mitsprache verschieben. Es kann davon ausgegangen werden, dass künftig weniger die Grundwerte der liberalen westlichen Demokratie gefragt sind, sondern Themen wie Armut, Krankheitsbekämpfung, Finanzmarktstabilität sowie Gewalt und Klima. Weder die USA noch die EU verfügen über die erforderliche *hard* und *soft power*, um die Weltordnung zu gestalten. Der Anspruch auf Mitsprache und die Gestaltung von multilateralen Einrichtungen wird künftig ein anderer sein. China zeigt seit Jahren, dass es auch bereit ist, neue multilaterale Einrichtungen wie die *Asian Infrastructure Investment Bank* zu gründen und neue Globalisierungsstrategien zu entwickeln. Grundsätzlich gilt, dass die Großmächte USA, Europa und China darauf angewiesen sind, für ihr Verständnis einer Weltordnung zu werben und Allianzen zu bilden. Das bedeutet auch, offen für die Stimmen der kleineren Akteure zu sein.

Fazit: Europa muss eine aktive Rolle in diesem Trendgestrüpp finden. Dabei kann es selbstbewusst auftreten und sollte sich nicht zu schnell auf die eine oder andere Seite festlegen, sondern Allianzen mit allen Seiten bilden. 🌐

Thomas Bonschab

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Internationalen Technologietransfer und Geschäftsführer der TiNC International GmbH

Thomas.bonschab@dgjt-global.com



Prof. Dr. Robert Kappel

emeritierter Professor am Institut für Afrikastudien, Universität Leipzig. Er unterrichtet im Postgraduiertenprogramm „Small Enterprise Promotion and Training“ an der Universität Leipzig. Von 2004-2011 Präsident des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg

robert.kappel@uni-leipzig.de



Joe Bidens erstes Jahr

Amerikas ambivalenter Neubeginn

Roland Benedikter

Die USA haben sich in zu vielen Segmenten von Selbstdeutung und Realitätsgestaltung in Sicht- und Handlungsweisen begeben, die die Gesellschaft spalten. Für die Beurteilung von Bidens Amtszeit bis Januar 2025 wird vieles davon abhängen, inwieweit er eine mit sich selbst im Unreinen befindliche US-Gesellschaft wieder in die Mitte und in einen „gemeinsam aufbauenden“ Dialog führen kann. Die ersten Amtsmonate haben gezeigt: Dies ist eine Herkulesaufgabe.

Die Bekanntgabe von Präsidentensprecherin Jen Psaki im Juli, die Regierung helfe nun Facebook, unliebsame, als politisch inkorrekt oder „Falschinformation“ eingestufte Mitteilungen zu kennzeichnen und gegebenenfalls zu verbannen, bedeutet aus Sicht der Kritiker faktisch ein Zusammenwirken des Staates mit sozialen Medien in Ausgrenzungsangelegenheiten. Das Auftauchen von E-Mails, die den Einsatz geheimer Militärflüge zur Verteilung illegaler Migranten in die US-Staaten zeigten, obwohl dies gesetzlich nicht abgedeckt ist, erschütterte den Glauben an eine transparente Migrationspolitik. Und die Aktion der Demokratischen Parlamentarier von Texas, kollektiv in die Hauptstadt Washington D.C. zu „fliehen“, um durch Aussetzung des demokratischen Prozesses die dortigen Republikaner an neuen Wahlgesetzen zu hindern – also Demokratie dadurch zu retten, indem sie verhindert wird – war aus Sicht von Teilen des US-Publikums ebenfalls ein beunruhigendes Signal.

Auch die ständige Alarmrhetorik aus dem Weißen Haus, die aktuelle Situation der USA mit jener des US-Bürgerkriegs zu vergleichen und neue Wahlgesetze, die die Identität des Wählers besser feststellen wollen, mit Diskrimination aus der Zeit nach dem Bürgerkrieg („Jim Crow“) gleichzusetzen, wobei jeder, der nicht derselben Meinung ist, schnell als „Rassist“ abgetan wird, vertiefen die gesellschaftliche Spaltung. Die Biden-Regierung erscheint ihren Kritikern bislang keineswegs als die große „Versöhnerin“, wie es der Präsident bei seiner Inauguration am 20. Januar angekündigt hatte. Vielmehr machen

die Demokraten auf ihre Gegner, die immerhin knapp die Hälfte der US-Wählerschaft stellen, den Eindruck, sie wollten mittels politischer Meinungshoheit und Umgestaltung des Wählerreservoirs auf lange Zeit US-Wahlen gewinnen. Dafür nehme man, so die konservativen Medien, Angstmache vor einer angeblich außer Rand und Band befindlichen „Rechten“ in Kauf. Und das, obwohl die Demokraten sowohl das Weiße Haus als auch die Entscheidungsmehrheit in beiden Kammern des Parlaments kontrollieren.

In der Tat erscheint der Umgang der Biden-Regierung mit Gesetzen eher selektiv. Die einen werden übertrieben unscharf ausgelegt wie die Wahlgesetze, andere tendenziell umgangen wie die Migrationsgesetze. Die Aussetzung der Durchführung von Gesetzen mit humanitären Gründen oder Moral zu rechtfertigen, sei – so die Kritik der Republikaner – von der Verfassung nicht gedeckt und widerspreche dem Rechtsstaat. Das unterstreicht auch das im Juli ergangene Urteil eines US-Bundesrichters in Texas, dass Barack Obamas DACA-Programm (*Deferred Action for Childhood Arrivals*) aus dem Jahr 2012 – die Aussetzung der gesetzlich vorgesehenen Abschiebung illegaler Migranten, die als Kinder in die USA kamen – nicht rechtskonform sei. Dafür sei ein Gesetz erforderlich, das die Demokraten mangels Erfolgsaussichten zu beschließen gar nicht erst versuchten.

Schatten auf dem Weißen Haus

Doch das sind nicht die einzigen Schatten über Bidens Präsidentschaft. Als im Juli bekannt wurde, dass der Sohn des US-Präsidenten, Hunter Biden, der bereits zuvor in Drogen- und Waffenskandale sowie umstrittene Geschäfte in der Ukraine und China verwickelt war und eine problematische Autobiographie veröffentlicht hatte, seit einigen Wochen als Beruf „Künstler“ angab – und seine Werke für bis zu eine halbe Million US-Dollar und mehr verkaufte, obwohl er zuvor nicht als Künstler in Erscheinung getreten war, ging ein Raunen durch Amerika. Denn das Weiße Haus räumte ein, zum „Schutz“ des Präsidentensohnes bei einem „Arrangement“ geholfen zu haben, wonach Hunter seine Werke weltweit an anonym bleibende Käufer verkaufen konnte. Medien meinten, dies sei faktisch eine Möglichkeit zu Geldwäsche und Korruption. Es könne auf undurchsichtigen Wegen Millionen US-Dollar direkt in die Taschen der Biden-Familie spülen. Hatte Trump aus dem Weißen Haus

einen Familienbetrieb gemacht, so war Hunter Bidens Verwandlung vom „Berater“ der ukrainischen Regierung (ohne besondere Qualifikation) und Mitbetreiber des sagenumwobenen Biden-Globalunternehmens „Sinohawk“ in angeblicher Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung zum Millionenkünstler nicht weniger erstaunlich – und für viele Rechte ein Beweis: Im Weißen Haus wurde der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.

Ein anderer Schatten über der Biden-Präsidentschaft ist das Zerwürfnis von Bidens Frau Jill mit Vizepräsidentin Kamala Harris. Jill hatte nach dem Rassismusbefehl von Harris gegen Joe Biden in der Demokratischen Präsidentschaftskampagne laut Biographen ihren „Kamala Harris-Moment“ und meinte: „*Go f...ck yourself*“. Seitdem können sich die beiden nicht ausstehen. Es bleibt ein Rätsel, weshalb Biden ausgerechnet Harris zu seiner Vizepräsidentin erkor. Viele Beobachter meinen, dies hänge nicht nur mit der Logik „Frau, ethnisch gemischt, ehemalige Staats-

Bidens bisherige Bilanz sieht aus europäischer Sicht recht ordentlich aus.

anwältin, größter Bundesstaat (Kalifornien), jünger, progressiver“ zusammen. Es hat auch mit dem Druck einer paradoxen Dreier-Koalition zu tun: der aus dem Anti-Trump-Kampf kommenden, mittels politischer Korrektheit agierenden Linken in Verbindung mit den globalisierten Informationsfirmen im kalifornischen Silicon Valley und deren Geldgebern an der Wall Street. Sie alle agierten „stark“ gegen Trump und unterstützten Biden im Wahlkampf. Biden musste etwas zurückgeben – und Harris schien zwischen diesen ungleichen Partnern eine Art Verbindungsperson, entpuppte sich jedoch bald als Bürde für Biden, je mehr ihre Abhängigkeit von diesen Gönnern offenbar wird.

Zugleich erfolgte ein Abstieg der „Qualitäts“-Mainstream-Medien. Entgegen der Objektivitätspflicht unterstützten sie Biden offen und militant gegen Trump und stellen ihm auch nach Amtsübernahme kaum kritische Fragen. Die Hunter-Affären werden totgeschwiegen und das meiste ausgeblendet, das Biden nicht in „ganz anderem“ Licht als Trump erscheinen lässt. Doch ausgerechnet seit Trumps Abgang haben Medien wie die *Washington Post* oder *New York Times*, aber auch Fernsehsender wie *CNN* oder *MSNBC* oder der stark an die Demokraten angelehnte Rundfunk *NPR* massive Nutzereindebußen hinnehmen müssen: zwischen 30 und 70 Prozent. Die Gründe sind vielfältig: die Ermüdung durch die Covid-Pandemie hat zu einer Abwendung von schlechten Nachrichten

und dem ständigen Medienrummel der „Breaking News“ geführt. Wichtiger jedoch: nach dem „heroischen Kampf“ von offen pro-Demokratischen Anti-Trump-Agitatoren in den Medien wie Don Lemon oder Chris Cuomo (*CNN*) wurde deutlich, dass sie gegen Trump Informationen zugunsten ihrer Partei filtern, Fakten und Meinung kaum mehr trennen und – stets erzieherisch und mit erhobenem Zeigefinger – tendenziös berichten. Ergebnis: Nur noch hartgesottene Fans schalten die (ehemals) „liberalen“ News-Shows von *CNN* und anderen ein. Denn mit Trump ist der Anreiz weggefallen.

Die Gegenmedien, darunter das Republikaner-nahe *Fox News* und das regional und lokal weit verzweigte Radionetz des Landes, das größtenteils in Republikanischer Hand ist, frohlocken. Sie freuen sich nach Trumps Abgang über Rekord-Einschaltquoten.

Kontraproduktive Signale

Bidens Bilanz im Herbst 2021 sieht aus europäischer Sicht recht ordentlich aus, hat aber bereits viele seiner Wähler – darunter gerade die idealistischen – in die Neutralität getrieben. Seine Konzessionen an den Linksflügel der Demokratischen Partei haben unglückliche politische Grundsatzsignale an die Mitte-Wähler ausgesandt. So bewirkte die Ankündigung „stark liberaler“ Immigrationspolitik sofort einen Zuwachs illegaler Migration an der US-Südgrenze. Viele, die es unter Trump gar nicht erst versucht hätten, kamen mit T-Shirts wie „Biden, wir lieben dich, lass uns hinein“. Die neue „Grenzkrise“ mit mehr als einer Million Illegalen wurde von den Republikanern sogleich zum Inbegriff der Biden-Ära stilisiert.

Auch Bidens zögerliche Haltung, der Bewegung „*Defund the Police*“ („Nehmt der Polizei das Geld weg“), die sich seit George Floyds Tod am 25. Mai 2020 immer weiter politisiert und radikalisiert hat, klar entgegenzutreten, nimmt die Mittelschicht mit Nervosität zur Kenntnis. Im Gefolge der Mittelkürzungen sind in Städten wie New York, Chicago oder Los Angeles die Mordraten stark angestiegen. In New York beispielsweise waren es 80 Prozent in einem Jahr, nachdem der linke ehemalige Gewerkschaftler und Demokratische Bürgermeister Bill de Blasio im Juli 2020 ankündigte, der Polizei eine Milliarde US-Dollar zu entziehen. In Los Angeles war der Zuwachs fast 200 Prozent, in Baltimore ein Vielfaches. Das Narrativ der Demokraten, nicht

ihre Politik, sondern „Covid“ sei für die Morde verantwortlich, weil die Pandemie das Sozialgefüge durcheinandergebracht habe, überzeugt nicht. Dass die überwiegende Zahl der Morde von Schwarzen gegen Schwarze erfolgt, nicht von (weißen) Polizisten gegen Schwarze, lässt den Fall George Floyd vielen als politisiert erscheinen zugunsten „progressiver“ Politiken, denen es weniger um die Sicherheit armer Viertel als vielmehr um Macht geht.

Hinzu kommt die „*Cancel Culture*“ („Auslöschungskultur“) der US-Linkskräfte. Sie ist der Versuch, historische Erinnerung nicht mehr zu diskutieren, sondern – wie im Fall des Denkmalsturzes der Südstaatengenerale Robert E. Lee und Thomas „Stonewall“ Jackson – „auszulöschen“, um sie durch eigene, höchst umstrittene Narrative wie die *Critical Race Theory* in Schulen zu ersetzen. Diese „Theorie“ geht davon aus, weißer Hautfarbe zu sein, bedeute bereits des Rassismus und der Unterdrückung schuldig zu sein. Dagegen gibt es eine „Revolution“ der Eltern, die sich gegen diese Lehre wehren.

Gleichzeitig macht Donald Trump für die Rechte mobil – trotz mehrerer Zivilprozesse gegen seine Familie und seine Firmen. Er klagt gegen Twitter, Facebook und Google, die ihn im Gefolge der Kapitol-Stürmung

Beim Iran zeigt sich Biden als „konservativer“ Fortsetzer; bei der Pandemie als Progressiver.

im Januar von ihren „Plattformen“ verbannt hatten, wegen Zensur. Trump hat die Chance, schon durch das Verfahren (unabhängig vom Ausgang) einen symbolischen

Gewinn einzufahren und seinen „Kulturkampf“ gegen die Herrschaft der – auch nach Aussage von Facebook-Chef Mark Zuckerberg „stark linkslastigen“ – Informationsriesen aus Silicon Valley neu in Szene zu setzen. Trump will sich damit als Retter der offenen Gesellschaft profilieren, der das Thema der Daten- und Meinungsherrschaft sowie der Zensur eines amtierenden Präsidenten durch Privatkonzerne aufwirft, die dafür keine gesetzliche Grundlage haben. Hier ist ihm die Sympathie vieler Amerikaner sicher – auch jener, die ihn ansonsten ablehnen. In seiner Rede auf dem Republikaner-Parteitag in Greenville, North Carolina, meinte Trump kryptisch, er „freue“ sich schon „sehr“ auf die Präsidentschaftswahl 2024. Seit seiner Abwahl würden die USA „vor unseren eigenen Augen zerstört“. Was er nicht sagte, war, dass er sich gerade über diese angebliche „Zerstörung“ freut, weil sie ihm – oder einem von ihm Begünstigten – Wahlchancen beschert.

Erste Ergebnisse

Hervorzuheben sind für das erste Amtsjahr auch die zahlreichen konkreten Leistungen Bidens. Er hat die Covid-Impfkampagne von 8 Millionen unter Trump auf 200 Millionen innerhalb der ersten 100 Tage erhöht. Und er hat eine Wiederannäherung an Europa und die Weltpolitik vollzogen, die von größter geopolitischer Bedeutung ist. Der Wiederbeitritt zum Pariser Klimaabkommen, die Stärkung von NATO und G7, die Lancierung eines „globalen Gipfels der Demokratien“, um ein Gegengewicht zu „aufsteigenden Autokratien“ wie China und ihre entstehenden Allianzen zu bilden, die Idee einer Infrastruktur-Gegenoffensive gegen die „Neue Seidenstraße“-Initiative Chinas unter dem Namen „B3W“ (*Build Back Better World*), die weltweit demokratische, liberale und grüne Werte mit Infrastrukturinvestitionen von mehreren hundert Milliarden US-Dollar verbinden soll; die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen mit wieder engen Banden mit Deutschland, das Außenminister Antony Blinken als „besten Freund Amerikas“ lobte; und die programmatische Rückpositionierung der USA an der Spitze der „freien Welt“ im Rahmen von Bidens Grundsatzrede „Der Platz Amerikas in der Welt“ vom Februar 2021 und bei der Münchner Sicherheitskonferenz zeigen: Es ist Biden ernst mit dem Grundansatz, wo immer möglich Trumps Politiken „umzukehren“ (*reset*), die Achse zu Europa aufzuwerten und China und Russland stärker in die Schranken zu weisen. Die gegenüber Trump weitgehend unveränderte Iranpolitik zeigt Biden als „konservativen“ Fortsetzer; die staatliche Post-Covid-Investitionsoffensive, die Billionen in Technik und Grün-Wirtschaft auch im Sinne einer systemischen Energiewende pumpen soll, als staatsorientierten Progressiven. Auch wenn die Investitionsoffensive von Kritikern als „blinde Ausgabenwut“ der US-Linken auf Kosten hoher Verschuldung und der kommenden Generationen abgelehnt wird. Das von Biden an seinem 100. Amtstag verkündete „Einmal in einer Generation“ (*Once in a Generation*)-Konjunkturpaket sieht Staatsausgaben von bis zu vier Billionen US-Dollar in neue Technologien, Infrastruktur, Erziehung und Gesundheit vor. Die Demokraten erklärten es zum größten Ankurbelungsprogramm seit den 1960er Jahren, das zum Teil mit Steuererhöhungen finanziert werden soll.

Fazit? Biden hat im ersten Amtsjahr viele Projekte gestartet, die ihm national und international Anerkennung bescherten und Hoffnung auf

substantiellen Neubeginn nährten. Andererseits bestehen Zweifel, wie die Zwischenwahlen im November 2022 ausgehen. Die Zustimmung zu Biden ist seit seinem Amtsantritt, nicht unüblich für US-Präsidenten, in leichtem, aber stetigem Rückgang begriffen; jene zu Harris war von Anfang an niedrig – am niedrigsten bei jenen, die sie am besten kennen: Nur sieben Prozent der kalifornischen Wähler sagten in Umfragen, sie habe das Zeug zur Präsidentin. Bidens Zustimmungswerte lagen im Juli bei 51,6 Prozent. Das war zwar mehr Zustimmung als bei Trump. Die Zwischenwahlen könnten für Biden aber angesichts der vielen Ambivalenzen seiner Innenpolitik trotzdem verloren gehen, wie für die meisten Präsidenten. Die Präsidentenwahlen 2024 können alles bringen, auch eine Rückkehr Trumps, wenn die Demokraten ihre Politiken und Rhetorik nicht mäßigen und sich nicht weiter in die Mitte bewegen. 🌐



Prof. Dr. Dr. Roland Benedikter

geb. 1965, ist Forschungsprofessor in residence am Willy-Brandt-Zentrum der Universität Breslau-Wroclaw und Co-Leiter des Center for Advanced Studies von Eurac Research Bozen

roland.benedikter@eurac.edu

ANZEIGE



WeltTrends 169 | November 2020

Die USA nach 4 Jahren Trump

In den USA wird ein Präsident gewählt. Gleich wer gewinnt, es gibt keine Rückkehr zu früheren Zeiten, auch nicht in der Außenpolitik. Die Veränderungen in der US-Gesellschaft sind langfristige. Das Militärische wird weiterhin eine herausragende Rolle spielen, gleich welcher Partei der künftige Präsident angehört. Der Hegemon im Abstieg sucht verzweifelt nach Antworten. Im Forum werden die unterschiedlichen Sichten auf das „Reich der Mitte“ deutlich. Im WeltBlick geht es um den Krieg im Kaukasus und Corona in Schottland.

WeltTrends, Potsdam 2020 | ISBN 978-3-947802-42-5

Neues Orchester, neue Töne, altbekannte Instrumente

Bidens Afrikapolitik

Georges Hallermayer

Lässt sich der Vertrauensverlust, den die Trump-Präsidentschaft hinterließ, rückgängig machen? Der Elefant Trump hat den Porzellanladen „Shithole“ (Drecksloch) Afrika verlassen. Es obliegt seinem Nachfolger, „Trumps skandalträchtige Afrika-Ignoranz“ vergessen zu machen. Ist es Biden im vergangenen halben Jahr mit seiner Charmeoffensive gelungen, ein neues Kapitel aufzuschlagen?

Das German Institute for Global and Area Studies spricht vom „Ende der Apathie“. Als Dirigent im Weißen Haus hat US-Präsident Joe Biden das Orchester ausgewechselt und den im *counterterrorism* erfahrenen früheren Botschafter in Kenia, Robert F. Godec, zum Vize-Staatssekretär für Afrika ernannt. Er hat sich mit Afroamerikanern umgeben: mit Vizepräsidentin Kamala Harris als Erste Geige, Verteidigungsminister Lloyd Austin an der Pauke und Adewale „Wally“ Adeyemo aus Nigeria als stellvertretendem Finanzminister. Linda Thomas-Greenfield wurde UN-Botschafterin, während Samantha Power nun USAID leitet. Wird das Orchester weiter das Kriegsopus intonieren, von Demokratie-Triller überhöht und Sanktionsdonner begleitet?

Biden hat einige Scherben gekittet, hat sich nicht weiter gegen die Nigerianerin Ngozi Okonja-Iweala als Chefin der Welthandelsorganisation und gegen die Wiederwahl des Nigerianers Akinwumi Adesina als Chef der Afrikanischen Entwicklungsbank gesperrt. Aber Fatou Bensouda, ehemalige Justizministerin in Gambia und seit 2004 Chefanklägerin am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, bleibt mit ihren Mitarbeitern weiter mit US-Sanktionen belegt. Sie erdreistet sich seit 2017, Kriegsverbrechen in Afghanistan ins Visier zu nehmen und dabei das US-Militär und die CIA nicht auszunehmen.

Neue Strategie?

Dirigent Biden ist mit seinem neuen Orchester auf die internationale Bühne zurückgekehrt und lässt eine optimistische Symphonie von

ökonomischer Entwicklung spielen, allerdings mit den alten imperialistischen Instrumenten. Für Afrika kündigte er auf dem G7-Gipfel im Juni ein gigantisches Konkurrenzprogramm zur chinesischen Seidenstraße an: „*Build Back Better World*“ (B3W), einen „Grünen Marshall-Plan“ über 40 Billionen US-Dollar bis 2035 in den Sektoren Klima, Gesundheit, Digitaltechnologie. Damit will er die mit den Erfolgen bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und extremer Armut noch gestiegenen Sympathiewerte für das chinesische Entwicklungsmodell

Dirigent Biden spielt mit neuem Orchester auf der Weltbühne, allerdings mit alten imperialistischen Instrumenten.

eindämmen. Nicht umsonst hatte Biden unter 40 Politikern das „afrikanische Quintett“ (so der burkinisch-französische Karikaturist Damien Glez), die Präsidenten der Demokratischen Republik

Kongo, von Südafrika, Gabun, Kenia und Nigeria zum G7-Gipfel eingeladen. Wie im südafrikanischen Entwicklungsmodell des „*Black Empowerment*“ soll wirtschaftliche Macht von westlichen Unternehmen auf schwarze Kapitalbesitzer verlagert werden, so das US-Wirtschaftsportal *Quartz*. Kapitalstarke Stiftungen und Privat-Equity-Fonds wie Carlyle, auch Headhunter-Agenturen wie die deutsche GreenTec Capital Partners blasen zum Halali auf afrikanische Start-ups in den Hightech-Branchen, die, mit Stipendien und Risikokapital gefüttert, zu einer neuen Akkumulationswelle des globalisierten Kapitals beitragen sollen.

Der Wirtschaftsjournalist Henrik Müller findet die US-Strategie kohärent, aber risikoreich. Sie könnte einen Wendepunkt darstellen, „sich allerdings als ein Akt der Selbstüberschätzung erweisen, der letztlich den Abstieg des Westens beschleunigt“. Er hält das B3W-Programm für eine gigantische Wette, ob „der Rest der Welt bereit ist, den USA jede Menge Geld zu günstigsten Konditionen zu leihen“. ¹ Hu Zhiyong, Forscher am einflussreichen Institutes for International Studies der Shanghai Akademie für Sozialwissenschaften, meinte in der *China Economic Daily*, die B3W-Vorschläge ließen realistische und machbare Wege vermissen, um ihre Ziele zu erreichen. Sie seien eine „schlechte Kopie von Chinas Belt & Road“. Zentrale Schwäche des Projekts sei die Abhängigkeit von privater Finanzierung. Es sei unklar, ob profitgetriebene

1 Müller, Henrik (2021): Bye, bye, Biden. In: manager magazin, 20.06.2021. <https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/usa-koennen-die-vereinigten-staaten-unter-joe-biden-wieder-die-fuehrungsrolle-uebernehmen-a-cd4f11cb-bdb0-44a4-9105-85a6287e7c75>.

Unternehmen bereit sind, riesige Geldsummen in die Infrastruktur zu investieren, ohne klare Aussicht auf kurzfristige Amortisation. „Oberflächlich betrachtet zielt B3W darauf ab, den Entwicklungsländern zu helfen, aber im Kern geht es um den Wettbewerb um Ressourcen und darum, dass die Industrieländer diesen neuen Rahmen nutzen, um ihre eigenen Entwicklungsprobleme zu lösen.“² Ein aktuelles Beispiel: Der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta kehrte mit leeren Händen aus Paris zurück. Der für August vorgesehene Bau der Eisenbahnstrecke vom Flughafen in die Innenstadt Nairobis wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Es ist bereits das zweite fehlgeschlagene westliche Projekt in Kenia, 2018 war es der US-geführte Bau der Autobahn Nairobi-Mombasa. Dagegen beförderte die von China gebaute Eisenbahn in vier Jahren fünfeinhalb Millionen Passagiere.

Die NGO Navdana International prangert in ihrem Report die Ausrichtung auf Hochtechnologie im Agrarsektor als Scheinlösung an. B3W begünstige die multinationalen Saatgut- und Lebensmittelkonzerne, hieß es im Schweizer Portal *Infosperber*. Dabei könnte der B3W-Plan durchaus wohlwollende Aufnahme in Afrika finden, sind die afrikanischen Länder doch an der industriellen Weiterverarbeitung ihrer Agrarprodukte und Bodenschätze bis heute neokolonial gehindert. Der afrikanische Binnenmarkt, erst zu 14 Prozent erschlossen, ist mit der Entwicklung einer kontinentalen Transportinfrastruktur und dem Abbau administrativer Schranken im Rahmen der Afrikanischen Freihandelszone ein Feld, das imperialistische Begehrlichkeiten geweckt hat. Die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu bewältigen, sowie die Folgen des Klimawandels und den Schuldendienst zu meistern, treibt viele Staaten in zunehmende Abhängigkeit von „Donatoren“. Daraus folgen nicht nur Hunger und Armut, sondern auch mörderische Konflikte zwischen Nomaden und Ackerbauern, zwischen Dörfern und Ethnien. Sie führen zu Vertreibung und Flucht.

Ob die USA und der Westen insgesamt noch stark genug sind, internationale Regeln durchsetzen zu können, fragt Henrik Müller. Dafür spielen neben wirtschaftlichen und militärischen Hebeln zur Destabilisierung – Sanktionen bis Blockade – die *soft power*, die ideologisch-politische Beeinflussung eine bedeutende Rolle. Im Namen von *freedom and democracy* werden Stipendien an US-Hochschulen vergeben, im Namen

2 Olander, Eric (2021): Scholar: G7's B3W is Just a Bad Copy of China's Belt and Road. In: The China Africa Project, 12.07.2021.

der „Pressefreiheit“ wird zum *regime change* gerufen, Rapper singen das Hohelied des *American way of life*. Good Governance wird aufs Investitionsklima und auf Wahlen reduziert. Preisfrage: Wird im Dezember in Sambia Präsident Edgar Lungu zum dritten Mal gewählt – in einem Land, das China seit 1970 mit dem Bau der Tazara-Bahn freundschaftlich verbunden ist?

Die Regierungen des Globalen Südens wehrten sich gegen die Forderung, sich für eine Seite entscheiden zu müssen. So hat Biden die seit 2018 laufenden Verhandlungen mit Kenia für einen Freihandelsvertrag (FTA) aufgegeben.³ Außenminister Antony Blinken akzeptierte: „Wir fordern niemand auf, sich zwischen den Vereinigten Staaten und China zu entscheiden“,⁴ nachdem sich afrikanische Regierungen geweigert hatten, Huawei fallen zu lassen. Dazu gehören auch die verschiedenen Safe-City- und Smart-City-Vorzeigeprojekte der ebenfalls sanktionierten Hikvision, die unzähligen Fintech-, Mobilepay- und Micropayment-Anwendungen auf Huawei-Plattformen. Das B3W-Projekt wird chinesische Unternehmen in Zugzwang bringen, ihr Angebot an Hightech zu verbessern. Der Anteil der digitalen Seidenstraße an der *Belt-and-Road*-Initiative hat ohnehin zugenommen, da China seine harten Infrastrukturprojekte zurückfährt. Das diesjährige, auf Ministerebene im Senegal stattfindende Chinesisch-Afrikanische Forum der Zusammenarbeit (FOCAC), als „Forum-Shopping“ verunglimpft, wird zeigen, wie weit die digitale Vernetzung mit der koordinierten Zusammenarbeit einhergeht.⁵

Militärische Instrumentalisierung

Auch wenn wirtschaftliche Themen im Vordergrund stehen, mit dem Rückzug von Truppen aus Afghanistan und Somalia wird die militärische Einkreisung Russlands und Chinas weiter intensiviert. Den afrikanischen Kontinent beherrscht die sich von Ost (Djibouti) nach West (Niger) ziehende „*Spice Route*“ (Gewürzstraße), ein Netzwerk von stationären und temporären Africom-Operationsbasen in mindestens 15 subsaharischen Staaten, unterstützt von einer ungezählten Schar von Militärberatern in

3 2018 hatte Kenia zum Schutz seiner Textilindustrie es abgelehnt, dem FTA der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft mit China beizutreten.

4 Olander, Eric (2021): Transcript of U.S. Secretary of State Antony Blinken's Q&A Exchange About Chinese Engagement in Africa. In: The China Africa Project, 28.04.2021.

5 In Afrika haben nur 29 Prozent der Einwohner einen Internetanschluss, verglichen mit 45 Prozent in Asien.

weiteren Ländern.⁶ Nach Angaben von Africom waren im Januar 2020 5.100 Armeeangehörige und 1.000 Zivilbeschäftigte auf dem Kontinent stationiert, allein im *Camp Lemonnier* 4.100. Africom-Kommandeur General Stephen Townsend bezog vor dem US-Senat den Kontinent auch militärisch in das erwartete Schlachtfeld mit China (und Russland) mit ein. Er unterstellte dem Bau von Tiefseehäfen militärische Ziele, das seien „keine echten Handelshäfen“, und behauptete, China plane „an Afrikas Atlantikküste, vielleicht im Golf von Guinea“ wie in Djibouti eine Militärbasis, was die Entfernungen bedrohlich verringere.

Statt dass die Sahelzone stabilisiert würde, gibt es Militärputsche in Mali und Tschad. Statt dass die „bewaffneten terroristischen Gruppen“, wie sie offiziell bezeichnet werden, wobei Dschihadisten mit Separatisten, Dorfmilizen, oppositionellen oder kriminellen Banden in einen Topf geworfen werden, an Einfluss verlieren, vergrößert sich ihr Aktionsradius, verlieren immer mehr Menschen ihr Hab und Gut oder ihr Leben. Je mehr der „Krieg gegen den Terror“ Opfer kostet, desto mehr wird über sozialpolitische Alternativen nachgedacht. Während in Mali die Regierung bereit ist, mit Dschihadisten zu verhandeln, um eine Separation der (ölreichen) Nordprovinzen zu verhindern, verstärken das französische und das US-Militär ihre „Anti-Terror“-Kooperation. „Soldaten am Boden sind unsere Sache“, sagte Nigers Präsident Mohamed Bazoum (Deutsche Welle) – wie schon mit der französischen Operation *Barkhane* werden afrikanische Truppen ins Feuer geschickt. US-Africom wird mit seinen Partnern die Logistik, vor allem die Satelliten- und Drohnen-Aufklärung betreiben. Die militärische Einmischung geht weiter: Der „Kampf gegen den Terror“ in Westafrika wird europäisiert, die EU-Kampfmission *Takuba* soll's richten, die französischen Truppen werden darin integriert. Auch deutsche Soldaten aus Afghanistan? Nigerias Präsident Muhammadu Buhari wünschte sich Africom indes näher an die Front am Tschadsee, wo der Boko-Haram-Ableger ISWAP vier Kalifate errichten will.

Am Horn von Afrika droht ein Vulkan auszubrechen, nachdem der in Syrien und Afghanistan sich beruhigt hat.

Am Horn von Afrika droht ein Vulkan auszubrechen, nachdem der in Syrien und Afghanistan sich etwas beruhigt hat. Der amerikanische

6 Turse, Nick (2020): Pentagon's own map of U.S. Bases in Africa contradicts its claim of „light footprint“. In: The Intercept, 27.02.2020; Ders. (2021): „How Not to End Terror Wars. The 20th Anniversary of the War on Terror Arrives“. In: Information Clearing House, 10.01.2021.

Journalist F. William Engdahl befürchtet dort den nächsten „Arabischen Frühling Washingtons“, mit der Ernennung des Nahostexperten Jeffrey D. Feltman zum US Special Representative für die Länder am Horn und des Deutschen Volker Perthes als UN Special Representative for Sudan und Leiter der UN-Mission UNITAMS. In einer bedrohlichen Konstellation:

- Im Jemen ein Saudi-geführter „Bürgerkrieg“ (von Bidens Versprechen, den *support* einzustellen, weiß der Kongress noch nichts);
- In Äthiopien Sezessionskrieg im Tigray-Hochplateau; mit dem Sudan und Ägypten im Konflikt um Nilwasser;
- Eritrea im inoffiziellen Krieg mit Tigray infolge Raketenbeschusses;
- Sudan – nach dem „Arabischen Frühling“ in umstrittener Transition und im Grenzstreit mit Äthiopien;
- Südsudan ausgeblutet nach jahrelangem Bürgerkrieg;
- In Somalia weiter staatlicher Zerfall und Bürgerkrieg;
- In Djibouti das französische *Camp Lemonnier*, auf der einen Seite Africom, auf der anderen das Logistikdrehkreuz der chinesischen Volksbefreiungsarmee.

Feltman und Perthes hatten zusammen den *regime change* im Libanon und Syrien mit der CIA orchestriert. Eine Explosion am Horn von Afrika – „dagegen wäre Syrien ein Kinderspiel“ (Feltman) – würde Chinas Investitionen in der Region in X-Milliarden-Dollar-Höhe buchstäblich verbrennen und seine Zusammenarbeit auf dem Kontinent um Jahrzehnte zurückwerfen. Vorläufiges Resultat sind Chaos und Hunger. Friede und Verständigung waren noch nie so überlebenswichtig – nicht nur in Afrika. 🌐



Georges Hallermayer

geb. 1946, Historiker. Dozent und stellvertretender Centrunsleiter bei den Carl-Duisberg-Centren. Viele Jahre Betriebsrat und Mitglied im GEW-Landesvorstand Saar

Blog: weltsolidaritaet.blogspot.com

Bidens Iranpolitik und der Schatten der Obama-Doktrin

Ali Fathollah-Nejad

Nachdem US-Präsident Biden sein Iran-Team zusammengestellt hatte, schien eine Wiederholung der Iranpolitik Obamas an der Tagesordnung. Die Islamische Republik setzt unterdessen auf dieselbe Strategie wie vor einem Jahrzehnt mit dem Ziel, die regimedestabilisierenden Sanktionen aufzuheben: Indem sie Panikmache betreibt, dass sie kurz vor dem Griff nach der Atombombe sei, und indem sie iranische Eliten-Gegensätze im Hinblick auf die Bereitschaft zum Entgegenkommen gegenüber Washington überzeichnet. Ein nüchterner Blick zeigt jedoch, beiden Punkten fehlt es an Substanz: Als Atommacht würde Teheran sich seinen wichtigsten chinesischen und russischen Partnern entfremden und gleichzeitig die Chance auf eine Aufhebung westlicher Sanktionen – alles Schlüsselfaktoren für die Stabilität des Regimes – zerstören.

In der Islamischen Republik Iran sind zentrale außen- und sicherheitspolitische Themen, darunter das Atomprogramm, Resultat eines Elitekonsenses, dessen oberstes Ziel der Machterhalt des Regimes ist. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, dass der Westen in die gleichen iranischen Fallen tappen könnte wie während der Obama-Ära. Die Eile, die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm (JCPOA) in einem „Vertragstreue-versus-Vertragstreue“-Mechanismus wiederzubeleben, würde zwar die Bedenken hinsichtlich der Nichtverbreitung von Atomwaffen ausräumen, aber gleichzeitig die Chance vergeben, Teheran zu einem umfassenderen Abkommen zu bewegen. Nicht zuletzt aufgrund der geopolitischen Lage in der Region, die sich in den letzten zehn Jahren stark verändert hat, wird eine bloße Rückkehr zum Iran-Ansatz der Obama-Ära wahrscheinlich die Kehrseiten des JCPOA reproduzieren und bestehende regionale Rivalitäten verfestigen, statt sie zu reduzieren.

Bidens „Obama 2.0“-Iran-Team

Die Biden-Regierung hat ein Team von Offiziellen zusammengestellt, das für die Iranpolitik zuständig sein soll: Außenminister Antony Blinken, der Iran-Sondergesandte Robert Malley, Unterstaatssekretärin

Wendy Sherman, der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan und CIA-Direktor William Burns. Bis auf Blinken waren alle anderen aktiv an den Verhandlungen der Obama-Regierung mit Teheran beteiligt, zunächst über den geheimen „Oman-Kanal“ und anschließend an den Verhandlungen 2013 bis 2015, die zur Unterzeichnung des JCPOA führten.

Biden versprach bereits während seines Präsidentschaftswahlkampfes, dem JCPOA als Präsident wieder beizutreten – was die Aufhebung der nuklearbezogenen extraterritorialen US-Sanktionen beinhalten würde, die

Iran glaubt, aus einer Position der Stärke in Verhandlungen mit Washington eintreten zu können.

von seinem Vorgänger Trump nach dem einseitigen Rückzug der USA aus dem JCPOA im Mai 2018 erneut verhängt wurden –, sobald Iran zur vollständigen Erfüllung seiner nuklearen Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens

zurückkehrt. So war eine Wiederbelebung von Obamas Iranpolitik naheliegend, und zwar sowohl mit ihren Vorteilen (nukleare Nichtverbreitung) als auch mit ihren Nachteilen (Iran geopolitisch gewähren zu lassen, was angesichts der expansiven Politik Teherans kontraproduktiv für die Befriedung der Region war). Blinken hat jedoch gefordert, dass eine umfassendere Vereinbarung angestrebt wird, deren Abschluss möglicherweise mehr Zeit braucht.

„Maximaler Widerstand“ gegen „maximalen Druck“

Trotz der Rhetorik des Obersten Führers Ali Khamenei, Teheran seien die Kandidaten für das Weiße Haus gleichgültig, hatte die Elite des Landes die Wiederwahl Trumps und eine damit einhergehende Fortsetzung seiner äußerst belastenden Politik des „maximalen Drucks“ mit ihren lähmenden Sanktionen befürchtet. Das Regime setzte seine Hoffnungen darauf, dass die Biden-Administration die Sanktionen zügig lockert. Trumps „maximaler Druck“ hatte die Wirtschaft und die finanziellen Lebensadern der Islamischen Republik massiv beschädigt, was geschätzt 300 Milliarden US-Dollar kostete – und somit dem Regime in einer Zeit beispiellosen Drucks von unten zu schaffen machte. Die an der Substanz zehrende Krise der Islamischen Republik äußerte sich in den beiden großen landesweiten Aufständen zur Jahreswende 2017/18 und im November 2019 sowie in den historisch niedrigsten Wahlbeteiligungen bei den Parlamentswahlen



Ein beliebtes Ritual: Anti-USA-Proteste in Teheran

im vergangenen Jahr und den diesjährigen Präsidentschaftswahlen. Diese fragile Situation verschärft sich durch die Ungewissheit über die Nachfolge des 82-jährigen Obersten Führers Khamenei an der Spitze der Islamischen Republik.

Als Reaktion auf den „maximalen Druck“ Trumps verfolgte Iran eine Politik des „maximalen Widerstands“, die sich auf eine schrittweise Reduzierung seiner nuklearen Verpflichtungen im JCPOA konzentrierte. Sie gipfelte Anfang des Jahres in der Ankündigung der Wiederaufnahme der Urananreicherung von 20 Prozent, was einen qualitativen Sprung in Richtung Waffenfähigkeit darstellt. Entgegen gegenteiliger westlicher Annahmen war diese iranische Strategie Ergebnis eines fraktionsübergreifenden Elitekonsenses, der die 2000er Jahre spiegelte, als das Sanktionsregime Iran zu lähmen begann. Wie vor dem Durchbruch des geheimen Oman-Gesprächskanals zwischen den USA und Iran 2012 will Teheran seine Position neu konsolidieren und ein Gefühl von Alarmismus in der internationalen Gemeinschaft erzeugen, indem es ihr die Wahl zwischen Pest (eine iranische Atommacht) und Cholera (Bombardierung der nuklearen Infrastruktur Irans) in Aussicht stellt – wobei Letzteres heute noch weniger Unterstützung, international und in den USA, als damals hätte sowie von zunehmend erfolgreichen Sabotageakten des israelischen Geheimdienstes gegen das iranische Atomprojekt abgelöst wird.

Ziel des „maximalen Widerstands“ Teherans ist es, dringend benötigte Sanktionslockerungen zu erwirken. Iran glaubt, aus einer Position der Stärke in Verhandlungen mit Washington eintreten zu können, indem es die Hebelwirkung einer deutlichen Ausweitung seines Atomprogramms ausbaut. Derweil hat die iranische Elite die Forderung Washingtons zurückgewiesen, den ersten Schritt zu tun und die Reduzierung seiner JCPOA-Verpflichtungen rückgängig zu machen. Aber noch wichtiger als die Frage der Abfolge zwischen den iranischen (Rückgängigmachung der Reduzierung der Nuklearverpflichtungen) und den amerikanischen (Sanktionslockerung) Schritten, ist jene

Die von der Obama-Doktrin inspirierte Denkschule ist sich der außenpolitischen Interessen Irans bewusst.

nach einem umfassenderen Deal. Zwar hat Teheran die Aufnahme nichtnuklearer Themen wie seiner Regionalpolitik und seines Raketenprogramms abgelehnt, aber es ist fraglich, ob die USA eine bloße Rückkehr zum JCPOA innen- und regionalpolitisch nachhaltig durchsetzen können. Würde Biden lediglich Obamas Atomdeal wieder zum Leben erwecken, würde er damit die Chance verspielen, in einem nächsten Schritt Teheran Konzessionen bei der Regionalpolitik und beim Raketenprogramm abzurufen – dann hätten die USA mit den Sanktionsaufhebungen ihr Hauptdruckmittel bereits aus der Hand gegeben.

Ein turbulentes Jahrzehnt ist vergangen

Seit dem Höhepunkt der letzten iranischen Atomkrise und den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm ist ein turbulentes Jahrzehnt vergangen. Die merkliche Veränderung der geopolitischen Landschaft in Westasien überschattet nunmehr – ob man will oder nicht – die jetzige Verhandlungsrunde mit Iran. Damals noch war die geopolitische Stellung Teherans in der Region im Zuge der neokonservativen Kriege Washingtons gegen die Nachbarländer Irans auf ihrem Zenit – Iran als die unabdingbare Regionalmacht und führende „Soft Power“. Dies verhalf Teheran in den Verhandlungen mit Washington damals zu einer wichtigen Verhandlungsmasse.

Seither hat Iran diese Stellung allerdings eingebüßt, nachdem es jahrelang den Bogen seiner Machtausdehnung überspannt und somit regionale Befürchtungen seiner Vorherrschaft geschürt hat. Diese Entwicklung zeichnete sich v.a. im Zuge des „Arabischen Frühlings“ ab, erst mit der Unterstützung der Assad-Diktatur in Syrien und später bei seiner zweiten

Welle mit den deutlich antiiranischen Akzenten der irakischen und libanesischen Proteste 2019. Sie demonstrierten den Wendepunkt iranischer Macht im Mittleren Osten.

Nebenwirkungen von Obamas Iran-Atomdeal

Als Nebenprodukt des JCPOA konnte Iran eine expansive regionale Agenda verfolgen, insbesondere in Syrien und im Irak, während die westlichen Mächte aufgrund ihrer Lehren aus dem Irakkrieg eher zurückhaltend blieben und die Vertragstreue Irans nicht durch eine in Teheran als konfrontativ verstandene Haltung gefährden wollten. Die Folge war westliches Schweigen zur iranischen Regionalpolitik und den eklatanten Menschenrechtsverletzungen in Iran selbst. Obwohl der JCPOA im Bereich der Nichtverbreitung erfolgreich war, indem er das iranische Nuklearprogramm effektiv eindämmte, investierte Teheran einen beträchtlichen Teil der wirtschaftlichen Dividenden des JCPOA in die Ausweitung seiner regionalen Aktivitäten und seines Programms für ballistische Raketen – sehr zum Leidwesen seiner regionalen Feinde sowie der arabischen Bevölkerungen.

Aus diesen Gründen sehen Irans regionale Feinde (Israel, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) sowie ein beträchtlicher Teil der „arabischen Straße“ die Schattenseiten des JCPOA und von Obamas Iran-Politik. Der Vorwurf lautet, man hätte Teheran die Region auf einem silbernen Tablett präsentiert, was sich als kontraproduktiv für die geopolitische Stellung jener Staaten und für die politischen Ambitionen der Menschen erwies.

Um die kommenden Herausforderungen und einige Defizite der damaligen Obama-Politik zu verstehen, können wir den Fall des Iran-Sondergesandten Malley heranziehen. Auch wenn seine Aussagen der letzten Jahre Anlass für widersprüchliche Einschätzungen sein mögen, scheint klar, dass seine Ansichten zur regionalen Geopolitik und zur iranischen Außenpolitik die vorherrschende Geisteshaltung während der Obama-Ära widerspiegeln, die unter Biden repliziert werden könnte. Die Obama-Doktrin wurde von berechtigten Bedenken angesichts der katastrophalen Konsequenzen des Irakkrieges 2003 mit seinen geopolitischen Folgen, die zu Recht als strategischer Fehler angesehen werden, geprägt. Das ebnete jedoch den Weg für nicht-regionale (Russland) und regionale Mächte (Iran), um aus eigenen militärischen Interventionen Vorteile zu

ziehen. Die Obama-Regierung entschied sich nach 2011 für eine nicht-interventionistische Politik in Syrien. Interessanterweise bedauert Blinken dies heute ebenso wie Malley selbst – obwohl dieser behauptet, dass alle anderen Optionen im syrischen Fall nachteiliger gewesen wären, und dass US-Militärinterventionen im gesamten Nahen und Mittleren Osten nur ernüchternde Ergebnisse gebracht hätten.

Die von der Obama-Doktrin inspirierte Denkschule ist sich der außenpolitischen Interessen Irans bewusst und sieht nicht wenige davon als legitim an. Bei ihrer Betrachtung der regionalen Geopolitik tappt sie somit nicht in die Falle einer Iran-Obsession, wie es bei Trumps Außenminister Mike Pompeo, Israels früherem Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Saudi-Arabiens starkem Mann, Kronprinz Mohammed bin Salman, der Fall ist. Sie neigt jedoch dazu, die „legitimen Interessen“ der Islamischen Republik zu weit zu fassen und die negativen Auswirkungen sowie die Beweggründe der Regionalstrategie Teherans zu unterschätzen, ferner die Interessen des Regimes mit jenen der Bevölkerung zu verwechseln.

Alles in allem bedeutet dies für die gegenwärtigen Iran-Gespräche, dass die USA unter Biden und ihre europäischen Verbündeten davon ausgehen müssen, dass jedwede Änderung iranischer Politik stets ein Ergebnis von sowohl Druck (Sanktionen) als auch Angeboten sein wird. Zudem bleibt abzuwarten, ob Biden aus den Nebenwirkungen der Obama-Doktrin die notwendigen Lehren ziehen wird, um eine in der Tat wünschenswerte umfassendere Einigung mit Iran über die Atomfrage hinaus zu erzielen – was für den regionalen Frieden und auch für die arabischen Bevölkerungen in Ländern, in denen Iran interveniert hat, von Vorteil wäre. Indes erhoffen sich viele Iraner eine minimale Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage durch eine Sanktionslockerung als Folge eines wiederbelebten Atomdeals, aber fürchten eine Quasi-Appasement-Politik Bidens à la Obama gegenüber der zunehmend delegitimierten Herrschaft der Islamischen Republik. Um dies auszuschließen, müsste das Thema Menschenrechte integraler Bestandteil einer westlichen Iranpolitik werden. 🌐



Ali Fathollah-Nejad, PhD

geb. 1981, deutsch-iranischer Politologe; tätig in Berlin und Tübingen, Research Fellow des *WeltTrends*-Instituts für Internationale Politik, seine Publikation *European-Iranian Cultural and Academic Cooperation* erschien bei *WeltTrends*

info@fathollah-nejad.eu

Hegemonialkampf im Weltsystem

Erhard Crome

Bereits US-Präsident Barack Obama war die historische Aufgabe gestellt, den „Rückbau“ der imperialen Überdehnung der USA so zu managen, dass ihre Interessen möglichst weitgehend zur Geltung kommen. Nachdem er das nicht vermochte, sondern nur die vorherige Globalpolitik etwas schlauer fortzusetzen bestrebt war, versuchte es Donald Trump mit einem „isolationistischen“ Kurswechsel, nun Joseph Biden mit einer etwas ausbalancierteren „internationalistischen“ Politik bei Beibehaltung verschiedener Elemente des Trump-Vorgehens. Zu hegemonialen Offensivoperationen nicht mehr in der Lage zu sein, ist etwas anderes, als danach zu fragen, welche Defensivkräfte weiter mobilisierbar sind.

US-Präsident Joe Biden hat im Juni 2021 in Europa ein dichtes Programm absolviert, erst G7 in Großbritannien, dann NATO-Gipfel in Brüssel und Treffen mit der EU-Spitze, anschließend Gipfeltreffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Genf. Westliche Beobachter freuten sich, mit Biden herrsche nach den Trump-Jahren wieder globalpolitischer Sachverstand. Dabei ist viel Trump geblieben. Schaut man in das Papier des NATO-Gipfels, so sind die unbewiesenen Behauptungen der Trump-Administration, Russland habe gegen den Vertrag zum Verbot der Mittelstreckenraketen verstoßen wie auch gegen den Open-Skies-Vertrag, und deshalb hätten die USA diese Verträge gekündigt, wieder aufgeführt. Das betrifft ebenso die Unterstellungen, Russland habe sich in Wahlen in den USA und überhaupt im Westen eingemischt und sei für Cyberangriffe verantwortlich. Zu China heißt es, bereits dessen Aufstieg sei eine „systemische Herausforderung“ für den Westen und stelle eine Gefahr für die NATO dar (www.nato.int).

Das Gipfeltreffen Putin-Biden brachte tatsächlich Neues. Es kann geeignet sein, die angestauten Spannungen abzumildern. Zunächst: Man spricht miteinander, die Botschafter kehren an ihren Arbeitsplatz zurück. Zentral ist die Gemeinsame Erklärung vom 16. Juni 2021 über „Strategische Stabilität“, darin die Feststellung: „Wir bekräftigen heute das Prinzip, dass ein Kernwaffenkrieg nicht gewonnen werden kann und deshalb

niemals geführt werden darf“ (www.whitehouse.gov). Das ist eine wortwörtliche Übernahme aus der sowjetisch-amerikanischen Erklärung von Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan vom 1. Juni 1988. Zwischen den beiden größten Atommächten wird wieder über Abrüstung und Kontrolle der Rüstungen gesprochen. Auch über Cybersicherheit soll verhandelt werden.

Feindbild China

Henry Kissinger warnte künftige US-Präsidenten, gegenüber China nicht eine Politik des Regimewechsels zu betreiben, sondern die Beziehungen als „Ko-Evolution“ zu gestalten.¹ Biden dagegen erklärte China programmatisch zum Hauptfeind. In seiner Rede zur „Virtuellen Münchner Sicherheitskonferenz“ am 19. Februar 2021 sagte er: „Wir müssen uns gemeinsam auf einen langfristigen strategischen Wettbewerb mit China vorbereiten.“ Und weiter: „Die Art und Weise zu gestalten, wie die Vereinigten Staaten, Europa und Asien zusammenarbeiten, um Frieden zu gewährleisten, ihre gemeinsamen Werte zu verteidigen und ihren Wohlstand über den Pazifik hinweg zu fördern, wird zu unseren folgenreichsten Aufgaben gehören. Der Wettbewerb mit China wird hart.“

Der Kampf der USA gegen den Aufstieg Chinas wurde eine zentrale Achse der internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts. Er begann nicht mit Donald Trump, sondern unter Barack Obama und seiner „Wen-

Der Kampf der USA gegen den Aufstieg Chinas wurde eine zentrale Achse der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts.

dung nach Asien“. Unter Trumps Präsidentschaft wurde viel über den Handelskrieg gegen China geredet. Im Hintergrund dieses Handelskrieges forcierten die USA jedoch ihre militärische Aufrüstung und die Ein-

kreisung nicht nur Russlands, sondern auch Chinas. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Chalmers Johnson sprach bereits vor zwanzig Jahren von einem „Imperium der Militärbasen“, die USA hatten damals außerhalb des eigenen Territoriums mindestens 725 Militärbasen in 139 Staaten, auf denen über 250.000 Militärangehörige stationiert waren.² Dieses System dient der Kontrolle der globalen Verhältnisse durch die

1 Kissinger, Henry (2011): China. Zwischen Tradition und Herausforderung. C. Bertelsmann Verlag, München, S. 540.

2 Johnson, Chalmers (2004): Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. Goldmann Verlag, München, S. 11, 21, 215.

USA, umringt jedoch hauptsächlich China und Russland. Derzeit werden etwa 800 militärische Außenposten der USA gezählt, insbesondere durch die Expansion der NATO „in die frühere sowjetische Einflusszone in Osteuropa“.³

Gestützt auf ihr militärisches Potential und ihre Militärstützpunkte schüren die USA die regionalen Konflikte, die sie zum Teil geschaffen, zu einem anderen Teil vorgefunden haben, in geographischer Nähe Chinas – nicht nur im Südchinesischen Meer, auch in Bezug auf Taiwan und Korea. Hinzu kommen die Förderung secessionistischer Kräfte in Tibet und Xinjiang, geheimdienstfinanzierte Operationen für eine „Farbrevolution“ in China, aktuell mit der Unterstützung von Unruhen in Hongkong, sowie wirtschaftlicher und politischer Druck auf Drittländer.

So gab etwa Kevin Rudd, Sinologe und früherer Premierminister Australiens, heute Präsident eines Asien-Instituts mit Sitz in New York, der *Neuen Zürcher Zeitung* im September 2020 ein Interview (29.09.2020). Die Rivalität zwischen den USA und China, betonte er, sei Ergebnis struktureller und personeller Faktoren. Die strukturelle Seite sei völlig klar: die Veränderung des Kräfteverhältnisses in militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht. Die politischen Eliten der USA, Republikaner wie Demokraten, seien zu dem Schluss gekommen, „dass China unter Xi keine Status-quo-Macht“ mehr sei, sondern dass es Amerika in seiner globalen Führungsposition ablösen“ wolle. Dann differenzierte Rudd: „Hätte Hillary Clinton 2016 gewonnen, wäre ihre Reaktion sehr hart gewesen. Trump ist primär oberflächlich hart aufgetreten, vor allem in den Bereichen Handel und Technologie. Er wurde erst durch die Covid-19-Krise, die seine Wiederwahl bedroht, zu einer umfassend härteren Gangart veranlasst. Wäre der nächste Präsident der USA ein Demokrat, dürfte die neue Regierung gegenüber China ebenso robust, aber systematischer auftreten.“ Mit anderen Worten: Eine Entspannung wird es nicht geben. Das ist genau das, womit wir es unter Biden 2021 zu tun haben.

Das Ergebnis, das mit Corona verstärkt wurde, so Rudd weiter, sei eine weltwirtschaftliche Entkopplung zwischen den USA und China. Das betrifft die Auflösung globaler Lieferketten, die Zweiteilung in Bezug auf „kritische Technologien“ wie bei der Halbleitertechnik und den Mikrochips, was am Ende zu einer Zweiteilung des Internets führen werde, die

3 Milanovic, Branko: Die Angst vor dem nächsten Kalten Krieg, in: IPG – Internationale Politik und Gesellschaft, Berlin, 16. März 2021.

Schrumpfung wechselseitiger Direktinvestitionen sowie die Abkopplung der „Talentemärkte“. Dem stehen jedoch Gegenkräfte gegenüber. China liege, trotz aller Bemühungen, in der Halbleiterindustrie drei bis sieben Jahre hinter den USA, Taiwan und Südkorea zurück. Bisher stammen

Es geht um die Verteidigung des bestehenden Weltsystems als Konstrukt westlicher Macht.

jedoch 50 Prozent der Gewinne der US-Halbleiterindustrie von Kunden aus China. Dieses Geld finanziert entsprechende Forschung in den USA. Um den technologischen Vorsprung zu halten, stehe deshalb das Pentagon „nicht auf der Seite der Anti-China-Falken“. Am Ende warnte Rudd jedoch, er habe in Washington und in Peking mit zu vielen Leuten gesprochen, um einen militärischen Konflikt für eine nur theoretische Möglichkeit zu halten.

Der Logik des kapitalistischen Weltsystems – was nicht dasselbe ist, wie der Kapitalismus als Wirtschaftssystem und die bürgerliche Gesellschaft – konnte sich auch das „sozialistische Weltsystem“, ungeachtet gegenteiliger Beteuerungen, praktisch nicht entziehen.⁴ Dennoch gingen seine Protagonisten im Sinne ihres Verständnisses vom Charakter der Sowjetunion und der anderen „sozialistischen“ Länder davon aus, dass sie nicht nur eine alternative Gesellschaft errichten würden, sondern auch ein anderes Staategefüge. Grundlage seines Platzes in der Welt ist Chinas rasante wirtschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des ganzen Landes betrug 1960 59 Milliarden US-Dollar, 1984 – nach Beginn der Wirtschaftsreformen – 316 Milliarden und 2020 14.723 Milliarden US-Dollar (<https://de.statista.com>, 21.04.2020). Es ist dies jedoch kein Versuch, ein alternatives Weltsystem neben oder gegen das vorgefundene zu stellen.

Weltsystemischer Kontext

In den Zirkeln der außenpolitischen Analyse in den USA wird gerade dies als Bedrohung angesehen. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion sei ein „Streit in der westlichen Familie“ gewesen, während China der erste „nicht weiße“ Rivale sei.⁵ Das kann man als Rassismus qualifizieren, muss man aber nicht. Es geht in erster Linie um die Macht im

4 Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia Verlag, Wien, S. 18.

5 Naß, Matthias (2021): Drachentanz. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und was er für uns bedeutet. Verlag C.H. Beck, München, S. 239.

Weltsystem bzw. die Verteidigung des seit 500 Jahren bestehenden Weltsystems als Konstrukt westlicher, nordatlantischer Macht. Das Gerede davon, wer hier welche Regeln bestimmt, ist nur eine Umschreibung dessen. Milanović zitiert den britischen Publizisten Martin Jacques, der bereits 2012 schrieb: „Der Aufstieg Chinas zum globalen Akteur relativiert alles. Der Westen ist an die Vorstellung gewöhnt, die Welt sei *seine* Welt, die internationale Gemeinschaft sei *seine* Gemeinschaft, die internationalen Institutionen seien *seine* Institutionen, (...) die universellen Werte seien *seine* Werte (...). Das gilt nicht länger.“ (Hervorhebungen im Original.)⁶

Pepe Escobar beschrieb in der *Asia Times* (05.03.2021) den Grundkonflikt so: „Was in diesem Wettbewerb zwischen schwächelnden westlichen (neo)liberalen Demokratien und dem ‚Sozialismus mit chinesischen Merkmalen‘ (Copyright Deng Xiaoping) letztlich auf dem Spiel steht, ist die Fähigkeit, das Leben der Menschen (...) zu verbessern.“ Er verweist auf den britischen Sinologen Kerry Brown vom King’s College in London, der drei Hauptprobleme hervorhob: (1) In der gesamten modernen Geschichte gibt es keine westliche Wertschätzung für China als eine starke und mächtige Nation. Die westliche Mentalität ist nicht bereit, sich darauf einzulassen. (2) Der moderne Westen hat China nie als Weltmacht gesehen, und wenn als Macht, dann bestenfalls als Landmacht, nie als Seemacht, die fähig sein könnte, Macht weit über ihre Grenzen hinaus auszuüben. (3) Angetrieben von der eisernen Gewissheit eigener Wertebezogenheit – so das „sehr abgegriffene Konzept“ der „wahren Demokratie“ – hat der atlantische Westen keine Ahnung, was er von den chinesischen Werten halten soll, und ist letztlich nicht daran interessiert, China zu verstehen. Das führt zu einem Vorurteil der Selbstbestätigung, dessen Ergebnis China als „Bedrohung für den Westen“ ist. 🌐

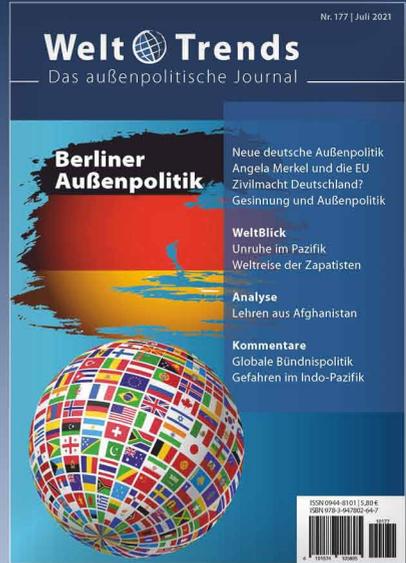
6 Milanović, Branko (2020): Kapitalismus global. Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht. Suhrkamp Verlag, Berlin, S. 184.

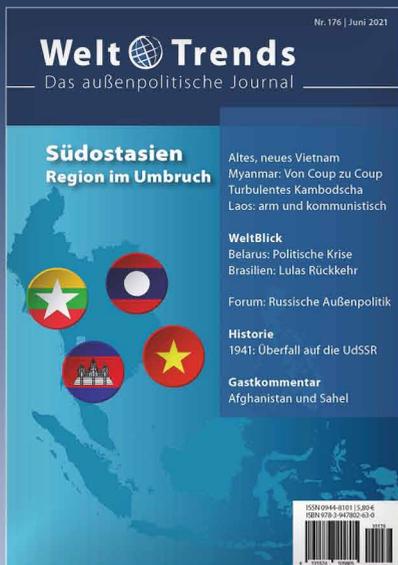
Dr. habil. Erhard Crome

geb. 1951, Politikwissenschaftler und Publizist, geschäftsf. Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik

crome.institut@welttrends.de







Von der Utopie zur Wirklichkeit: Die Kommunistische Partei Chinas wird 100

Chunchun Hu

Außerhalb der Volksrepublik China über die Kommunistische Partei Chinas zu schreiben, die sich in diesen Tagen auf ihr 100-jähriges Bestehen vorbereitet, verlangt zum einen nach einem Wechsel von einer innerchinesischen hin zu einer interkulturellen Perspektive und zum anderen nach Basiswissen, ohne das ein gemeinsamer Diskurs nicht möglich ist. Die Erklärung, Interpretation und Erörterung der Kommunistischen Partei Chinas lehnt sich methodisch an die drei berühmten philosophischen Fragen an: Woher kommt diese Partei? Wer ist sie? Wohin geht sie? Dies ist im deutschen Kontext besonders wichtig, weil die Parallelen zur ehemaligen SED bzw. zur KPdSU in der Luft schweben, sobald die KP Chinas thematisiert wird.

Aufklärung und Überleben

Die Entstehung und Entwicklung der Kommunistischen Partei Chinas – übrigens auch ihres einstigen Rivalen, der Nationalistischen Partei Chinas (GMD) von Sun Yat-sen (1866-1925) und Chiang Kai-shek (1887-1975) – muss vor dem Hintergrund einer Krisenstimmung eines „seit drei Jahrtausenden nicht gekannten Ausmaßes“ (Li Hongzhang, 1823-1901) gesehen und verstanden werden. Diese Krise war durch den Untergang der kaiserlichen Ordnung, den Zerfall des chinesischen Staats und damit auch der sinozentrischen Weltformel gekennzeichnet. Um mit dem zeitgenössischen chinesischen Philosophen Li Zehou zu sprechen: Seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts geht es den chinesischen Intellektuellen und Bildungseliten stets um zweierlei: die Aufklärung (*Qimeng*) und das Überleben (*Jiuwang*). Es sind aus chinesischer Sicht beide Seiten derselben Medaille namens „Modernes China“. Dabei geht es in beiden Fällen um die Transformation von klassischen hin zu modernen Verhältnissen: Im Mittelpunkt der kulturellen „Aufklärung“ steht die Transformation des Menschenbildes, bei der das einstige Untertanentum mit gesellschaftlicher Apathie durch einen sowohl selbst- als auch pflichtbewussten Menschen abgelöst wird. Im Mittelpunkt des eher politischen „Überlebens“ steht die



Weiterhin präsent: Mao Zedong auf dem Tianfu-Platz von Chengdu, Hauptstadt der Provinz Sichuan

Transformation des chinesischen Staates, bei der die bis dahin als selbstverständlich empfundene chinesische Identität in den modernen Rahmen des Nationalstaats hinein interpretiert wird. Sollte beides gelingen, könnte China wieder als führende, aber moderne Kultur in der Weltgemeinschaft bestehen. Im Falle eines Scheiterns droht die einzig verbliebene antike Kultur mit einer ununterbrochenen Geschichtsschreibung verloren zu gehen. Die größte Herausforderung in diesem Mammutprojekt war und ist, wie sich das Aufklärungs- und das Überlebensprojekt gegenseitig befruchten können und keines vom anderen überschattet wird.

Vor diesem Hintergrund ist die Kommunistische Partei Chinas vor 100 Jahren als eine der vielen politischen Kräfte entstanden, die sich der Rettung und Modernisierung Chinas verschrieben hatten. Der Unterschied zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und anderen Parteien liegt darin, dass sie in den Anfangsjahren konsequent eine europäische Theorie und Ideologie, verkörpert durch das europäische Vorbild der Sowjetunion, verfolgte. Man verstand sich als eine Revolutionspartei der Weltgeschichte mit klar definierten politischen Feinden, die es zu besiegen galt – wenn nötig auch mit Waffengewalt. So hat sie sich in den 1920er Jahren dem „Nordfeldzug“ der Nationalistischen Partei Chinas, die ebenfalls eine

leninistisch organisierte Revolutionspartei war, angeschlossen, um China von den selbstermächtigten „Warlords“ zu befreien. In diesem Prozess kam es aber schon bald zum Bruch zwischen den Verbündeten, die Kommunisten gingen in den bewaffneten Widerstand gegen die nationalistische Regierung und mussten sich durch einen legendären „Langen Marsch“ (1934-1935), der eine militärische Rückzugsaktion durch unzugängliche Gegenden war, vor der Vernichtung retten. Es schien fast schon, als ob Chiang Kai-shek die nationale Frage nach seiner Vorstellung gelöst hätte. Einen ersten Wandel bzw. die Befreiung vom sowjetischen Kurs erfuhr die Kommunistische Partei unterdessen in dieser Zeit, indem sich Mao Zedong (1893-1976) mit seinem Konzept des bewaffneten Widerstands durchsetzte.

In den 1930er Jahren erweiterte Japan seinen Expansionskurs in China. Kriege und Gräueltaten führten den Chinesen die Notwendigkeit des Überlebens wieder vor Augen. 1937 kam es zum zweiten Anlauf der Allianz zwischen Kommunisten und Nationalisten, die bis zur Kapitulation Japans 1945 leidlich Bestand hatte. Die beiden Kontrahenten konnten sich aber nicht auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung einigen, der Bürgerkrieg brach aus und endete mit der Niederlage der nationalistischen Regierung, die sich auf die Insel Taiwan zurückzog.

Irrungen und Wirrungen

Nach der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 war das Land zuerst von der Euphorie der sogenannten „Neuen Demokratie“ (*Xin Minzhu Zhuyi*) erfasst, die in die sozialistische und schließlich kommunistische Zukunft führen sollte. Nach dem sowjetischen Vorbild wurden Landreform, Kollektivierung und Verstaatlichung durchgeführt sowie die Industrialisierung eingeleitet. Die Verwaltung drang zum ersten Mal in der chinesischen Geschichte zur Dorfebene durch und erfasste die gesamte Gesellschaft. Die Modernisierung Chinas schien auf dem richtigen Weg.

Der Wandel Chinas war für Revolutionsführer Mao aber nicht konsequent genug. Getrieben von der Idee der „permanenten Revolution“, wurde eine politische Kampagne nach der anderen ausgerufen, die schließlich in der „Großen proletarischen Kulturrevolution“ mündete – in der utopischen Vorstellung von „*Il faut être absolument moderne*“ – frei nach der chinesischen Interpretation. Die Rechnung der Revolution, die die chinesische Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur von Grund

auf verändert hat, ist horrend ambivalent: Einerseits wurde der moderne Nationalstaat installiert und die geschichtliche Kontinuität bewahrt, das Projekt Überleben ist also gelungen. Andererseits hat die Revolution Millionen von Opfern gefordert, das Ziel der Aufklärung ist nicht einmal annähernd erreicht. Vom Ziel eines modernen China schien man im internationalen Vergleich entfernter denn je zu sein. Der Frage „Wohin soll man gehen?“ musste man sich erneut stellen.

Abschied von der Revolutionsutopie, Hinwendung zum Wirklichkeitssinn

Nach der Kulturrevolution hat sich die Kommunistische Partei unter der Führung von Deng Xiaoping (1904-1997) weiter von der marxistischen Orthodoxie befreit, indem die höchste Priorität der Politik nicht mehr im Klassenkampf und damit in der Weltrevolution, sondern in der Entwicklung gesehen wurde. Diese Änderung in der Wahrnehmung von sich und der Welt, die durch eine groß angelegte Debatte zum „Maßstab der Wahrheit“ eingeleitet wurde, führte dazu, dass sich China wirtschaftlich („Sozialistische Marktwirtschaft“) und wissenschaftlich-technologisch dem Westen öffnete, dem internationalen Regelwerk einschließlich der Welthandelsorganisation beitrug und China bis 2010 zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt avancierte. Die anderen Meilensteine in dieser atemberaubenden Entwicklung waren: 2006 wurden die jahrtausendealten Agrarsteuern abgeschafft, China wurde eine richtige Industriemation; 2021 wurde offiziell die absolute Armut beseitigt, das Etappenziel des „bescheidenen Wohlstands“ (*Xiaokang*) rückte näher. Die chinesische Bevölkerung genießt nun die besten Lebensbedingungen und die längste Friedenszeit der letzten drei Jahrhunderte in der chinesischen Geschichte.

Und wo steht die Kommunistische Partei? 2002 wurde das Statut der Partei insofern erneuert, als dass nicht mehr nur „Arbeiter, Bauern, Armeeangehörige, Intellektuelle oder andere Revolutionäre“ wie in älteren Versionen, sondern „Arbeiter, Bauern, Armeeangehörige, Intellektuelle oder Fortschrittliche aus anderen Gesellschaftsschichten“ der Partei beitreten dürfen. Dadurch öffnet sich die KP allen Chinesinnen und Chinesen, wenn sie sich mit der Partei identifizieren. Auch Unternehmer, die nach der klassischen Auslegung des Marxismus Kapitalisten sind, sind willkommen. Inzwischen zählt die Kommunistische Partei Chinas mehr als 90 Millionen Mitglieder.

Praktische Philosophie

Durch diesen „revolutionären“ Schritt verabschiedete sich die KP endgültig von der Revolutionsideologie und wurde zu einer staatstragenden Integrations- und Lenkungs-kraft in China, einer Art *catch-all party* der chinesischen Gesellschaft. Niemand und keine gesellschaftliche Schicht oder Kraft soll ausgegrenzt werden. Mit dieser neuen Realität haben die theoretischen und ideologischen Puristen ein großes Problem: Ist die Kommunistische Partei Chinas noch eine politische Partei, wie man sie in der üblichen parlamentarischen Politik kennt? Welches Profil hat diese Partei noch, wenn alle und alles von ihr eingemeindet werden? Und, wieso nennt man sich überhaupt noch Kommunistische Partei? Die mit allen Wassern der Revolution gewaschenen Chinesen haben wenig Schwierigkeiten damit, das postrevolutionäre Konzept der Kommunistischen Partei aus der Perspektive der praktischen Philosophie zu interpretieren, so wie die europäischen Frühaufklärer einst den Konfuzianismus wahrgenommen haben. Urelemente der chinesischen Kultur wie gerechte Verteilung des Wohlstands oder bildungsbasierte Chancengleichheit werden ohne Mühe als kommunistisch angesehen. Dass die Theorie im wirklichen Leben oft dialektisch grau ist, wussten nicht nur Goethe oder Hegel. Nichts wird ewig bleiben, wie es einmal war und ist. Hauptsache ist, dass die Kommunistische Partei die Jahrtausendherausforderung der Schaffung eines modernen China nicht aus den Augen verliert, zu der neben dem politischen Überleben auch die Aufklärung der Menschen gehört. Auch diese Partei besteht aus Menschen. 🌐



Prof. Dr. Chunchun Hu

geb. 1972, studierte Germanistik an der Peking-Universität. Seit 2021 Direktor für das Programm Europastudien an der Shanghai Academy of Global Governance and Area Studies der Shanghai International Studies University
2021012@shisu.edu.cn

Besuchen Sie unseren Web-Shop!

Welt Trends
Das außenpolitische Journal

bestellung@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de



**Frieden.
Waffenexporte
stoppen.**

Jetzt!

DIE LINKE.

Vom Rande aus betrachtet

Das Humboldt-Forum und die Restitutionsdebatte

Wazi Apoh und Andreas Mehler

Die Restitutionsdebatte gewinnt an Brisanz. Berlin, die alte Kolonialmetropole, und „ihr“ Humboldt-Forum ziehen viel Aufmerksamkeit auf sich. Einer der Gründe für diese Anziehungskraft ist die in Gang gekommene Beschäftigung mit den Verbrechen der Kolonialmacht Deutschland. Ursprünglich sollte mit dem Haus lediglich die Berliner Museumslandschaft der „Weltkulturen“ ergänzt, die über Jahrhunderte gesammelten Schätze im Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Herzen Berlins ausgestellt werden. Aber das erscheint vielen nicht mehr als legitim. Es ist kein Zufall, dass die Bundesregierung in jüngster Zeit sowohl die Verhandlungen mit Namibia über die Anerkennung des Völkermordes an den Nama und Herero als auch die mögliche Rückgabe der Benin-Bronzen an Westafrika beschleunigt hat, obwohl letztere im Humboldt-Forum vertreten sein werden. Die Bundesregierung schafft Fakten. Im Hinblick auf Restitution ist wichtig, dass „das neue Berliner Museum der Weltkulturen eine klare Politik braucht, die besagt, dass nur Objekte ordnungsgemäßer Provenienz auf der Grundlage eines dekolonisierten Prozesses, der die Stimmen der Herkunftsländer einschließt, verwendet werden sollten“. Das ist die Forderung von George Abungu, dem ehemaligen Direktor der Nationalmuseen Kenias und Berater des Humboldt-Forums. Doch das hört sich einfacher an als es ist. Dies hat mit den Zuständigkeiten und Beziehungen zwischen staatlichem Zentrum und „Peripherie“ zu tun.

Zentren und Peripherien

Das deutsche Grundgesetz legt Vorrechte für den Bund und die Länder fest. Die internationalen Beziehungen Deutschlands, somit auch der diplomatische Austausch mit seinen Ex-Kolonien, sind Sache des Bundes (Artikel 32 des Grundgesetzes). Die „Kultur“ und die damit verbundenen Institutionen sind dagegen Hoheitsbereich der Länder. Die Mehrzahl der deutschen Museen ist an Länder und Kommunen gebunden und einige sind private Sammlungen. Es gibt also ein Zentrum-Peripherie-Spannungsfeld in Deutschland, aber auch unterschiedliche Verantwortungsbereiche. Diese reproduzieren sich auch in Afrika. So deutet die Uneinigkeit

zwischen der Regierung Namibias und den betroffenen Gemeinschaften über die vereinbarte Form der Entschuldigung und die Höhe der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen auf Klärungsbedarf hin. Die Grenzen der meisten afrikanischen Länder wurden von den Kolonialmächten gezogen, wobei fast alle Hauptstädte noch in der Kolonialzeit ausgewählt wurden. Diese wurden gleichfalls zu nationalen Metropolen, während andere – oft vorkolonial bedeutsame – Zentren zur Peripherie wurden. Postkoloniale Entwicklungen haben dieses Gefüge zeitweise, meist nur geringfügig, verändert. Zumeist haben wir es mit starken Asymmetrien im Hinblick auf Investitionen und Einfluss zwischen geografischen Rändern und mächtigen Zentren zu tun. In einigen Fällen mündeten Proteste und Rufe nach Autonomie oder sogar Sezessionen in gewaltsame Auseinandersetzungen und staatliche Repression; nehmen wir Kamerun als jüngstes Beispiel.

Diese Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie beeinflusst auch die aktuelle Restitutionsdebatte.

Diese Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie beeinflusst auch die aktuelle Restitutionsdebatte. Sie konzentriert sich auf bilaterale Abkommen zwischen Regierungen. Die erwarteten Kooperationen zwischen nationalen Museen in Afrika und dem Humboldt-Forum in Berlin symbolisieren die Vorherrschaft des Zentralstaats. Nationale Eliten und Intellektuelle diskutieren über zugegebenermaßen wichtige Themen: koloniale Amnesie sowie Geschichten, die entweder Heldentum oder Unterwerfung thematisieren und eine Neujustierung der Erinnerungspolitik in diese oder jene Richtung fordern. Das vernachlässigt die Anliegen der Peripherie.

Tatsächlich lässt sich die Banalität des Kolonialismus – oder die „koloniale Situation“ (Georges Balandier) – besser einfangen, wenn man die tägliche Ausbeutung an den Rändern darstellt. Dies zeigt die Plantagenwirtschaft im Südwesten Kameruns, wo die gewaltsame Landenteignung unter deutscher Herrschaft noch heute ein Dauerzustand für die lokale Bevölkerung ist und wo staatliche Unternehmen den Kolonialbesitz geerbt haben. Die Banalität des Kolonialismus wird auch durch die zahlreichen Schenkungen von Nachkommen ehrenwerter Verwalter oder Offiziere der „Schutztruppe“, deren koloniale Mitbringsel an die Sammlungen deutscher Provinzstädte übereignet wurden, gut eingefangen. Überall in Deutschland phantasierten Akademiker, Unternehmer und öffentliche

Intellektuelle von einem „Platz an der Sonne“, nicht nur Reichskanzler Bernhard von Bülow im fernen Berlin. Die Sehnsucht nach Kolonialismus war damals allgegenwärtig, wird aber heute selten „gesehen“.

Wohin gehören Kulturgüter?

Wie bei der „dunkelsten Seite“ der deutschen Geschichte, dem Holocaust, ist die Gefahr groß, dass moralische Verantwortung und Erinnerungspolitik nach „Berlin“ evakuiert werden, während die deutsche Provinz außen vor bleibt. In ähnlicher Weise könnten die Randzonen in afrikanischen Ländern von der Debatte ausgeschlossen werden, die sich oft auf die Mobilisierung von Regierungen, nationalen Museen und eine Handvoll Akademiker konzentriert. Schlüsselfragen sollten sein: Werden die Objekte dorthin zurückkehren, wo sie gestohlen wurden? Wer spricht im Namen der „peripheren Herkunftsgesellschaften“, insbesondere wenn sie jetzt in eine nationale Gemeinschaft integriert oder als Folge eines „Unfalls der Geschichte“ und der Rivalität der Kolonialmächte über mehrere Länder verstreut sind? Selbstverständlich: Das Gespräch von Regierung zu Regierung ist eine Bedingung für die längst fällige Rückgabe geraubter Objekte. Aber dies reicht nicht aus, um Wiedergutmachung für koloniale Verbrechen herzustellen.

Die Kern- und Peripheriedynamik auf dem afrikanischen Kontinent muss dabei auch ins Blickfeld rücken. Das Zentrum wird hier von den nationalen Regierungen und den von ihnen beauftragten staatlichen Institutionen verkörpert. Diese stehen im Vordergrund des zwischenstaatlichen

Wir befürchten, dass das Humboldt-Forum den Kolonialismus zu einem exotischen Faktum in der deutschen Geschichte stilisiert.

Austausches. Ebenso können einige regionale und kontinentale Organisationen (z.B. die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS; die Afrikanische Union; das Panafrikanische Parlament) als Zentrum gelten; ebenso die UNESCO und

deren Konventionen (1995 UNIDROIT, 1970 Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut) als internationales Zentrum der Kulturpolitik. Einige dieser Organisationen haben in jüngster Zeit zur Restitutionsbewegung und -debatte Position bezogen. So haben die Direktoren für kulturelles Erbe und Museen der ECOWAS bei ihrem Treffen

2019 in Benin Empfehlungen an die Afrikanische Union, die Staats- und Regierungschefs der ECOWAS und die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA formuliert, wonach die Mitgliedsstaaten endlich das UNIDROIT-Übereinkommen und das UNESCO-Übereinkommen von 1970 ratifizieren sollten. Sie forderten die Staatsoberhäupter außerdem auf, Briefe an Länder zu richten, die im Besitz der Objekte sind, um sie als Teil des ECOWAS-Aktionsplans 2019/2023 für die Rückgabe von Kulturgütern an ihre Herkunftsländer zu kennzeichnen.

In diesem Sinne forderte der Präsident Ghanas, Nana Akufo Addo, der derzeitige ECOWAS-Vorsitzende, auf der Sitzung des Panafrikanischen Parlaments im Mai 2021 in Johannesburg: „Wir müssen unsere Bemühungen verstärken, um unsere geplünderten Kulturschätze zurückzuholen, die in den Museen der Nationen untergebracht sind, die sie uns gestohlen haben, und die Geld damit verdienen – anstatt wir. Komme was wolle, was auch immer die Hindernisse sein mögen, wir müssen sie zurückholen.“ Dieser Aufruf erfolgte vor dem Hintergrund der so genannten Agenda 2063 der Afrikanischen Union sowie dem Thema ihrer Feierlichkeiten im Jahr 2021 (Motto: „Kunst, Kultur und Erbe: Hebel zum Aufbau des Afrikas, das wir wollen“).

Beim Spatenstich für den Bau eines Weltmuseums für panafrikanisches Kulturerbe in Pomadze in der Zentralregion Ghanas wies Akufo Addo darauf hin, dass es „nach seiner Fertigstellung eine Ruhestätte für alle geplünderten Artefakte bieten wird, die in ausländischen Museen in Europa und anderswo untergebracht sind“. Ein Chief aus Kpando in Ghana, begeisterter Hörer der Deutschen Welle und ihrer Berichterstattung zum Humboldt-Forum, zeigte sich alarmiert. Er möchte die unklare und universalisierende Mission dieses panafrikanischen Museums geklärt wissen. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer dokumentierten Forderung nach Rückgabe der königlichen Regalien von Kpando-Akpini, die 1913 von deutschen Kolonialtruppen unter der Führung von Dr. Hans Gruner aus dem Palast des Kpando-Königs geraubt wurden und sich nun in den Sammlungen des Ethnologischen Museums im Humboldt-Forum befinden. Die Befürchtung des Chiefs beruht auf der Aussage des Präsidenten Ghanas, dass das neue Museum das Auffangbecken für alle rückgegebenen Objekte werden würde. Als Chief aus einer ehemals deutsch kolonisierten Stadt und gegenwärtig am Rande der Geopolitik der Restitution, scheint seine Befürchtung begründet. Als potentielle Empfänger-gemeinde müsste aus seiner Sicht Kpando an erster Stelle stehen und die

Rückgabe der Objekte dorthin erfolgen, statt in einem von der Regierung unterstützten „panafrikanischen“ Museum ausgestellt zu werden.

Fazit

Solche Spannungen drohen zuzunehmen, wenn der Austausch von Regierung zu Regierung dazu führt, dass die VertreterInnen der Empfänger-gemeinden und -familien an den Rand gedrängt werden. Wir sehen die Gefahr, dass ein breiterer Fokus und eine tiefere Diskussion durch das Humboldt-Forum nicht gewährleistet werden können. Die sehr begrüßenswerte neue Debatte über die koloniale Vergangenheit Deutschlands, die sich jetzt in Berlin entfaltet, ist gewiss ein Meilenstein. Unsere Befürchtung ist jedoch, dass das Humboldt-Forum den Kolonialismus zu einem außergewöhnlichen und exotischen Faktum in der deutschen Geschichte stilisieren könnte, während er zu seiner Zeit meist Routine war und in verschiedenen Ecken dieser Welt (auch in deutschen Provinzen) ein lang nachwirkendes Erbe hinterlassen hat, das längst nicht aufgearbeitet ist. Wir fordern daher auch eine Diskussion darüber, wohin Geld primär fließen soll. Das Humboldt-Forum hat bisher bis zu 700 Millionen Euro gekostet; angeblich fließen viele private Spenden. Man mag darüber nachdenken, was ein solcher Betrag in entlegeneren und bedürftigeren Orten bewirken könnte. Private Sponsoren und Regierungen sollten zumindest einen Teil ihres Geldes dort ausgeben, wo es einen großen Unterschied macht; vor allem in Gemeinden, die geraubte Objekte zurückfordern. 🌐



Prof. Dr. Wazi Apoh

Department of Archaeology and Heritage Studies, University of Ghana

wazital@gmail.com



Prof. Dr. Andreas Mehler

Geb. 1963, Direktor des Arnold Bergstraesser Instituts in Freiburg und Präsident des Executive Council des Maria Sibylla Merian Institute for Advanced Studies in Africa (MIASA)

andreas.mehler@abi.uni-freiburg.de

Politikwissenschaft @ Budrich

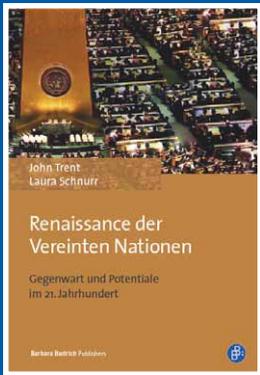


Sven Bernhard Gareis

Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik

Eine Einführung

3., vollst. überarb. und akt. Auflage • utb M
2021 • 350 S. • Kart. • 29,90 € (D) • 30,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-2449-9 • eISBN 978-3-8385-4982-8



John Trent | Laura Schnurr

Renaissance der Vereinten Nationen

Gegenwart und Potentiale im 21. Jahrhundert

2020 • 193 S. • Kart. • 19,90 € (D) • 20,50 € (A)
ISBN 978-3-8474-2449-9



ZReX – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung

ISSN: 2701-9624 • ISSN Online: 2701-9632

1. Jahrgang 2021 • 2 x jährlich (Juni, Dez.)

ca. 200 S. pro Heft • Deutsch, Englisch

alle Ausgaben erscheinen im Open Access

<https://zrex.budrich-journals.de>

Verlag Barbara Budrich GmbH
www.budrich.de | www.shop.budrich.de





van Middelaar, Luuk (2021):
 Das europäische Pandämonium:
 Was die Pandemie
 über den Zustand der EU enthüllt.
 Suhrkamp, Berlin, 202 Seiten, 16 Euro.

Das sich Europa in der Krise befindet, ist mittlerweile zu einer Binsenweisheit verkommen. Europa im Allgemeinen und die EU im Besonderen sind mit multiplen Krisen konfrontiert: den Nachwirkungen der Finanz- und Eurokrise, der Flüchtlingskrise und dem damit einhergehenden Aufstieg des Rechtspopulismus sowie jüngst der Corona-Pandemie, die der EU ihre Grenzen aufgezeigt hat. Hinzu kommen der Brexit und die Wahl Trumps 2016, ein *annus horribilis* für den einst so selbstsicheren Westen. Es fehle der „glaubhafte politische Wille“, aus diesem „Teufelskreis auszubrechen“, schrieb Jürgen Habermas bereits 2018 in der *ZEIT*. Mit diesem *europäischen Pandämonium*, per definitionem die Gesamtheit aller Dämonen, befasst sich der niederländische Historiker Luuk

van Middelaar in seinem originellen wie anregenden Essay.

Der Titel „Pandämonium“ ist dem Epos *Das verlorene Paradies* (1667) des englischen Dichters John Milton entnommen und repräsentiert die Hauptstadt der Hölle, „in der Dämonen lärmend und brüllend wüten“. Ein düsteres Szenario, das van Middelaar entwirft. Jedoch trifft es den Kern der zahlreichen Krisenerfahrungen, in denen die EU „immer wieder davongekommen“ zu sein scheint. Denn „seit mehr als einem Jahrzehnt werden die europäischen Gesellschaften wieder und wieder durch zerrüttende Kräfte auf die Probe gestellt.“ „Unvorbereitet und ungeschützt“, schreibt van Middelaar weiter, „setzen sie sich zur Wehr und lernen dabei durch Versuch und Irrtum“ (S. 15). Demzufolge werden vier akute Krisen benannt, die den Zusammenschluss „überrumpeln“: die Banken und Eurokrise (2008-2012), die Ukraine Krise (2014/15), die Migrationskrise (2015/16) und die atlantische Krise von Brexit und Trump (2016-2020). Eine fünfte Krise, die Corona-Pandemie, stellt die EU vor große Herausforderungen.

Mit der „Chronik der Coronakrise“ und dem „Theater der Öffentlichkeit“ setzt sich van Middelaar versiert auseinander. Dabei greift er auf sein Buch *Vom Kontinent zur Union* (2016) zurück, in

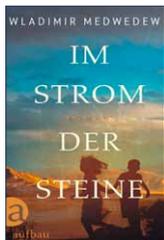
dem die Unterscheidung zwischen der institutionellen „Innensphäre“ und der „Zwischensphäre“, die auch einzelstaatliche politische Institutionen umfasst, hervorgehoben wird.

Seine geopolitischen Überlegungen legt er im vorletzten Kapitel dar. Die EU sei an einem *Machiavellian moment* angekommen, wie vier Erkenntnisse zeigen: *Erstens*: Europa sei in dieser Katastrophe nicht der Retter in der Not, sondern selbst das Opfer. *Zweitens*: Bei der Bekämpfung der Pandemie seien die USA, der große Verbündete, abwesend, ja, sogar selbst in einem mitleiderregenden Zustand. *Drittens*: Es sei das ferne, fremde und von den meisten Europäern verkannte oder unterschätzte China, das tonnenweise medizinisches Material liefert. *Viertens* komplettiert die Demütigung: Zwischen Nothilfe und Machtpolitik liege ein schmaler Grat, und, dass ein Wohltäter Forderungen vorbringen kann (z. B. Maskendiplomatie). Diese Erfahrungen stellen das geografisch-historische Selbstbild Europas auf den Kopf. „Auf der Weltkarte der Emotionen tauschen Mitleid und Respekt die Plätze“, bemerkt van Middelaar treffsicher und folgerichtig: Die Pandemie zwingt „Europa zu einer postkolonialen Sicht der VR China, einer postatlantischen Sicht der

USA und einer Neubestimmung der eigenen kontinentalen Position und Identität“ (S. 151). Was tun? Die EU müsse nicht nur die *multilaterale* Ordnung zu stützen versuchen, sondern auch eine *multipolare* Ordnung fördern. Dafür müsse die EU zu einem relevanten Pol, zu einer *Macht unter den Mächten* werden. Erst dann werde Europa als globaler Mitakteur auf der Weltbühne ernst genommen. Die Stichwörter sind strategische Souveränität, strategisches Denken, die Definition von Interessen, eine „europäische Vision“ (Kissinger), die „Sprache der Macht“ und Improvisation.

Über die Umsetzbarkeit dieser Vorschläge lässt sich streiten. Van Middelaar ist ein scharfsinniges Essay gelungen, das eine fundierte wie prägnante Analyse anbietet und zum Nachdenken über die Zukunft der EU anregt. „Die Geschichte“, schreibt er, „steht nicht still; die Pandemie offenbart die Gefahr einer bitteren geopolitischen Vereinsamung.“ Ob die notwendige „strategische Wende Europas“ gelingt, hängt nicht vom „sanften Monster Brüssel“ (Enzensberger) ab, sondern vom politischen Willen der Mitgliedstaaten und einer veränderten europäischen Machtarchitektur.

Majd El-Safadi, Berlin



Medwedew, Wladimir (2021):
 Im Strom der Steine. Roman.
 Aufbau Verlag, Berlin,
 654 Seiten, 26 Euro.

Was hat ein Roman in einem außenpolitischen Journal wie *WeltTrends* verloren? Der Begriff „verloren“ verstellt, was erst literarische Schilderung vermag, die akademische Analyse komplexen internationalen Geschehens zu „vermenschlichen“ und emotional nachvollziehbar zu machen.

Das gelingt dem russischen Autoren Medwedew mit seinem Roman meisterhaft. Er bildet die Wucht eines Bürgerkriegs ab, der das zentralasiatische Tadschikistan von 1992 bis 1997, kurz nach seiner Unabhängigkeit, erschütterte. Diese „Wucht“ versinnbildlicht der Titel *Strom der Steine*. Menschen und ihre Schicksale gelten als Steine in der Wucht eines auf sie hereinstürzenden Stroms. Diesen zu stoppen, liegt nicht in der Steine Kraft, während des Stromes Macht zu schwach ist, um jene Steine zu überwältigen.

Zwischen Strom und Steinen tobt Kampf. Medwedew konfrontiert den Leser mit haarsträubenden Zuständen, Gräueln und Erbarmungslosigkeit. Die Enge der beiden Täler im Pamirgebirge, Ausläufer des Himalajas, in denen sich die Akteure des Romans bewegen, verdichtet bedrückende Gefühle, welche das Desaströse des tadschikischen Bürgerkriegs erahnen lassen.

Dieser gehörte zu den schärfsten Konflikten im postsowjetischen Raum. Er hatte alles, was ein „moderner“ Konflikt „zu bieten“ hat: Politischen Machtkampf, ideologisch-weltanschauliche Kontroversen, Rivalitäten um wirtschaftliche Ressourcen, regionalistische Auseinandersetzungen, Minderheitenprobleme, islamistischen Fundamentalismus und Einmischung regionaler Mächte. Trotz der hohen Opferzahlen (inoffiziellen Schätzungen zufolge etwa 100.000 Tote), einer halben Million Flüchtlinge, die zumeist in ihre armen Nachbarländer flohen, und massiver Menschenrechtsverletzungen dachte keine äußere Macht an Militärintervention.

Im Fall des tadschikischen Bürgerkrieges lag die treibende Motivation der Akteure darin, sich in einer „Stunde Null“ der damaligen Sowjetrepublik Tadschikistan einen Platz und eine Zukunft

in einem zu gründenden eigenen Staat zu sichern. Eine vom *Washington Consensus* vorangetriebene „Transformations-Schockstrategie“ aller wirtschaftlichen und politischen Systeme, deren oberstes Anliegen die schnellstmögliche Privatisierung von staatlichem und kollektivem Eigentum war, steigerte innere Machtkämpfe und brachte Anarchie.

Im Mai 1992 begann der Bürgerkrieg. Das gewaltsame Austragen von Rivalitäten brachte den militärischen Feldkommandeur hervor, dem eine prominente Rolle zukommt. Motiviert von Bestrebungen nach Selbstverteidigung ihrer Familien, über persönliche Bereicherung bis hin zu politischen Machtambitionen bildeten sie „ihre“ jeweiligen lokalen oder regionalen Einheiten. Sie rüsteten diese aus und stellten sie unter ihr Kommando. Sie rangen um Kontrolle über Ressourcen in Gebieten, über Täler, Straßenzüge, Stadtviertel, Handelsketten und Hotels.

Worin bestehen Ratio all jener sozialen Zeit-, System- und Struktursprünge, die der Autor dem Leser „aufbürdet“? Immerhin war Tadschikistan bis zu seiner Unabhängigkeit 1991 eine Unionsrepublik der UdSSR. Umso überraschender sind für den Leser die historischen Sozialisationen der handelnden Personen – von

sowjetisch bis feudal-patriarchalisch. An erster Stelle steht ein islamischer Mullah, Rasak. Mit „Rais“ folgt ein Kolchosvorsitzender, mit Gijos ein KPdSU-Parteisekretär und mit Bachrullo der Vorsitzende eines Dorfsowjets. Ins Spiel kommen ein religiöser Eremit (Eschon) mit marxistisch-leninistischer wissenschaftlicher Laufbahn, die Bürgerkriegsfeldkommandeure Sangak und Suchur, ein ehemaliger KPdSU-Kreisparteiinstrukteur. Unerwartet sind auch Blutrache, Dorfschamane und die polygame Lebensführung des Chefmediziners Umar, Andrejs und Sarinas Vater.

Bleibt noch die Frage nach dem desaströsen Kern des Bürgerkrieges. Medwedews „vermenschlichenden“ Kern literarischen Wahrnehmens des Geschehens bekräftigen auch meine persönlichen Beobachtungen während des tadschikischen Bürgerkriegs als Angehöriger der OSZE-Mission vor Ort: Es sind vornehmlich die Bewusstseinsverwüstungen, welche Bürgerkriege zur gesellschaftlichen Katastrophe machen und die mentalen Schutzmechanismen des sozialen Systems zerstören. Medwedew hat sich damit an die Spitze der russischen Gegenwartsliteratur geschrieben.

Arne C. Seifert, Berlin



Baron, Stefan (2021):
Ami Go Home!

Eine Neuvermessung der Welt.
Econ, Berlin. 448 Seiten, 25 Euro.

Stand vor der Weltenwende Ende der 1980er Jahre international vor allem die Auseinandersetzung zwischen den Supermächten USA und UdSSR im Vordergrund, Stichwort Kalter Krieg, so ringen heute die USA und die Volksrepublik China um die Weltordnung von morgen. In seinem Buch geht der Politologe und Journalist Stefan Baron dieser Problematik nach. In seiner weitgespannten Analyse beleuchtet er den geopolitischen Epochenwechsel – den Abstieg der USA, die Verschiebung des Kraftzentrums der Welt wie auch die US-Eindämmungspolitik gegen China und ihre Folgen. Vor allem geht es ihm um die Frage, wie sich Europa in diesem Konflikt verhalten soll, wobei unter „Europa“ in der Regel die EU verstanden wird.

Ideal des Autors ist ein „Amerika“, lies die USA, welches das

Völkerrecht respektiert, seine Macht nicht missbraucht, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischt, ihnen nicht mit Sanktionen oder militärischer Gewalt seinen Willen aufzwingt, aber auch nicht riesige Summen für militärische Zwecke ausgibt. Die mit der US-Außenpolitik in dieser Hinsicht verbundenen Probleme analysiert er im ersten Teil des Buches. Der Wechsel im Weißen Haus von Donald Trump zu Joseph Biden hat seiner Meinung nach nichts an der grundsätzlichen Politik der USA geändert. Der Begrüßungsjubel, der dem neuen Präsidenten aus „Europa“ entgegenschallte, sei nicht nur verfrüht, sondern auch verfehlt gewesen. Die Abhängigkeit von den USA mag unter Biden wieder erträglicher sein als unter Trump, aber im Grunde bleibe sie weiter bestehen: „Ein Diener bleibt ein Diener, auch wenn die neue Herrschaft weniger rüde mit ihm umgeht.“

Parallel zum Niedergang der USA in der jüngsten Zeit verlagere sich die ökonomische Dynamik in der Welt zunehmend nach Asien, vor allem nach China. China könnte Washington bald den Rang der weltweit stärksten Volkswirtschaft ablaufen. Damit sehe Washington seine Hegemonialstellung bedroht und stelle den Kampf

gegen den geopolitischen Konkurrenten an die Spitze seiner außenpolitischen Prioritäten. Auf die Interessen der europäischen Partner werde keine Rücksicht genommen. Nach Ansicht des Autors erhöht die drohende Spaltung der Welt in zwei Lager auch „die Gefahr eines neuen Kalten Krieges, ja vielleicht sogar heißen Krieges“.

Das hänge nicht zuletzt auch davon ab, wie sich „Europa“ verhalte, so Baron. Mit dieser Frage beschäftigt er sich im zweiten Teil des Buches. Es geht ihm um ein „selbstbestimmtes Europa“, das seine existenziellen Interessen eigenständig verfolgt und eine aktive Rolle in einer multipolaren Welt spielt, sich also aus der Abhängigkeit von den USA löst. Das ist im Grunde auch die zentrale These des Buches. Allein „Europa“ könne die USA überzeugen, dass es kein natürliches Recht auf eine ewige Hegemonialstellung gebe und dass es Zeit für einen geordneten Rückzug der USA und für ihre aktive Mitgestaltung eines friedlichen Übergangs zu einer multipolaren Weltordnung

sei. Das klingt zwar gut, kann aber unter den heutigen Bedingungen nur als weitgehend idealistische, bestenfalls langfristige Zielvorstellung gewertet werden. Auch wenn er von „Europa“, spricht, scheint der Autor mitunter die derzeitigen Probleme im Integrationsprojekt zu unterschätzen.

Andererseits ist Baron bei einigen praktischen Fragen durchaus realistisch, indem er sich beispielsweise für ein vernünftiges Verhältnis zu Russland und gegen das Vordringen der NATO bis an die russischen Grenzen ausspricht. Aber auch seine Forderung, die NATO durch eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu ersetzen, klingt durchaus interessant. Die Probleme dabei verkennt der Autor nicht; als wesentliches Hindernis sieht er „die atlantische Schlagseite der deutschen Eliten“. Übrigens, den Titel des Buches will Stefan Baron in einem ganz eigenen Sinne verstanden wissen: „Amerika, geh und mach deine Hausaufgaben!“

Hubert Thielicke, Berlin

Besuchen Sie unseren Web-Shop!

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

bestellung@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de

zu Heft 177, Thema: Berliner Außenpolitik

Ich möchte dazu Folgendes ergänzen: Wichtige Konstanten der deutschen Situation in der Weltpolitik sind eng mit „großen Erzählungen“ in der Welt und in Europa verknüpft. Dabei handelt es sich um die Furcht der westlichen Mächte vor einer Verbindung Deutschland-Russland (wie sie es nicht nur mit Rapallo gab) und die Furcht vieler Europäer vor einer deutschen Dominanz auf dem Kontinent bzw. in der EU.

Eine enge Verbindung Deutschlands und Russlands würde – kurz gesagt – Industriemacht mit Rohstoffmacht verknüpfen und damit das darstellen, was die USA zur Weltmacht Nummer eins gemacht hat. Die Furcht davor ist real. Sowohl in den USA als auch in Großbritannien weiß man, dass die eigenen Mittel dagegen dünn sind. Bei Rapallo waren die Gegenmittel stärker, immerhin ging es damals um ein nationalkonservatives Deutschland und eine noch internationalistisch-revolutionäre Sowjetunion. Trotzdem sah die Welt diesen Vertrag. Auch der schnelle Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist ohne Koreakrieg und ohne diese Furcht vor einer deutsch-russischen Verbindung kaum zu denken. Frankreich hat stattdessen mit der EU realere Fakten geschaffen bzw. inzwischen die materiellen Realitäten des deutschen Profitierens in der EU akzeptiert – sozusagen zusätzlich zu Meinungs-machern und *soft power*.

In vielen Köpfen in Europa ist präsent, vielleicht präsenter als hierzulande, dass Deutschland Europa einst militärisch beherrscht hat. Eine EU konnte nur entstehen, weil das Vetorecht auch kleiner Mitglieder von Deutschland akzeptiert wurde. Hier liegt auch ein gewichtiger Grund, warum Deutschland sich heute europapolitisch kaum bewegt. Machtpolitisch liegt in deutscher Bewegung nur Sinn, wenn die Einstimmigkeitsregel zugunsten des starken Deutschlands minimiert wird. Zum Glück will aus den anderen EU-Staaten kaum jemand das verändern. Auch die in Deutschland verbreitete pazifistische Grundhaltung wird in Europa gern gesehen, schließlich war die rüstungs- und militärpolitische Stärke Deutschlands die zentrale Basis für mehr als ein halbes Jahrhundert brutale Außenpolitik. 🌐

Heinz Krafft, Berlin

WeltTrends – Das außenpolitische Journal

Gegründet 1993 von Erhard Crome, Jochen Franzke, Bogdan Koszel, Raimund Krämer, Claus Montag, Andrzej Sakson, Lutz Schrader und Wolfram Wallraf
Herausgeber: WeltTrends e.V./Instytut Zachodni Poznań
Chefredakteur: Raimund Krämer (V.i.S.d.P.)
Stv. Chefredakteurin: Anne Klinnert
Redakteure: Angela Unkrüer, Majd El-Safadi
Red. Mitarbeit: Kai Kleinwächter, Frank König, Christian Spicker, Martin Wycisk, Thomas Zelt
Lektorat: Angela Unkrüer
Satz & Produktion: printlayout & webdesign, Ivo Olias, Potsdam
Druck: Kollin Medien GmbH, Neudrossenfeld

Kontakt

Redaktion *WeltTrends*
+49 (0)331 / 721 20 35 | redaktion@welttrends.de

Mediadaten

Erscheinungsweise: monatlich
Einzelpreis: 5,80 €
Abonnement: 58 € (ermäßigt 48 € / Institutionen 98 €)
E-Abonnement: 28 € (PDF-Datei)
Kombi-Abo: 78 € (12 Hefte Print + E-Abo)
ISSN: 0944-8101
Ausgabe 179: Majd El-Safadi (Hrsg.)
US-Außenpolitik mit Biden
WeltTrends, Potsdam 2021
ISBN: 978-3-947802-66-1

Erscheint bei WeltTrends – Potsdamer Wissenschaftsverlag

Geschäftsführer: Klaus Schmidt
Büro: Christian Spicker
Pressesprecher: Hubert Thielicke
Schatzmeister: Uwe Rechlin
Konto-Verbindung: Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE 78 1605 0000 3504 0024 16
WeltTrends | MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Str. 26–52 | D-14482 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 / 721 20 35 | Fax: +49 (0)331 / 721 20 36
verlag@welttrends.de | www.welttrends.de

Die zum Ausdruck gebrachten Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise denjenigen der Herausgeber oder der Redaktion.

© WeltTrends, Potsdam 2021

Bildnachweise Ausgabe 179:

Cover: Stratos Brilakis / Shutterstock.com
Seite 2 (oben): Leo Altman / Shutterstock.com
Seite 2 (Mitte): Naresh777 / Shutterstock.com
Seite 39: Nicky Urban / Shutterstock.com
Seite 3 (oben) + 49: LP2 Studio / Shutterstock.com
Seite 9: Galina Savina / Shutterstock.com
Seite 11: 360b / Shutterstock.com
Seite 17: Domitille P / Shutterstock.com

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Behrooz Abdolvand, Berlin
Dr. Wolfram Adolph, Potsdam
Prof. Dr. Jürgen Angelow, Potsdam
Dr. Vladislav Belov, Moskau
Dr. Dr. Roland Benedikter, Breslau / Bozen
Prof. Dr. Sergej Birjukow, Kemerowo
Dr. Rainer Böhme, Dresden
Dr. habil. Erhard Crome, Berlin
Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Leipzig
Dr. Petra Erler, Potsdam
Prof. Dr. Wilhelm Ersil, Potsdam
Dr. Ali Fathollah-Nejad, Doha / Berlin
Ryszarda Formuszewicz, Warschau
Prof. Dr. Jochen Franzke, Potsdam
Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Berlin
Dr. Vladimir Handl, Prag
Prof. Dr. Ralf Havertz, Daegu
Dr. Wladimir Jewsejew, Moskau
Prof. Dr. Heinz Kleger, Potsdam
Prof. Dr. Lutz Kleinwächter, Potsdam
Prof. Dr. Bogdan Koszel, Posen
Dr. Mario Kölling, Madrid
Prof. Dr. Wolfgang Kubiczek, Kleinmachnow
Prof. Dr. Klaus Larres, Chapel Hill
Prof. Dr. Ralf J. Leiteritz, Bogotá
Prof. Dr. Yuru Lian, Beijing
Prof. Dr. Krzysztof Malinowski, Posen
Prof. Dr. Henning Melber, Uppsala / Pretoria
Dr. Hans Misselwitz, Berlin
Prof. Dr. Beata Molo, Krakau
Prof. Dr. Claus Montag, Potsdam
Dr. sc. Detlef Nakath, Potsdam
Prof. Dr. Götz Neuneck, Hamburg
Dr. Holger Politt, Warschau
Prof. h. c. Alexander Rahr, Berlin
Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel
Prof. Dr. Andrzej Sakson, Posen
Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Dresden
Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn
Prof. Dr. Wilfried Schreiber, Berlin
Dr. Justyna Schulz, Posen
Dr. sc. Wolfgang Schwarz, Berlin
Prof. Dr. Dieter Segert, Wien
Prof. Dr. Bulat Sultanov, Almaty
Dr. Hubert Thielicke, Berlin
Achim Wahl, Berlin
Prof. Dr. habil. Thadeusz Wallas, Posen
Dr. habil. Wolfram Wallraf, Fichtenwalde
Prof. Dr. Raina Zimmering, Berlin

Afghanistan-Krieg: Die Ohnmacht des Westens

Majd El-Safadi

Afghanistan ist geopolitisch bedeutsam. Imperien haben dort die Grenzen ihrer Macht erfahren: die Briten, die Sowjetunion und jüngst die USA. Nicht von ungefähr spricht man von Afghanistan als *Graveyard of Empires*, vom Friedhof der Großreiche. Nach zwei Jahrzehnten geht der längste Krieg in der US-amerikanischen Geschichte zu Ende. Im Rahmen der internationalen Schutztruppen (*ISAF*, 2001 bis 2014) und der Mission *Resolute Support* (ab 2015) beteiligte sich auch Deutschland. Zwischenzeitlich waren mehr als 5.000 deutsche Soldaten in Afghanistan, 59 verloren ihr Leben. Mehr als zwölf Milliarden Euro kostete der Einsatz von 2001 bis Ende 2020. Für die USA liegen die Kosten inklusive ziviler Hilfen bei weit über zwei Billionen US-Dollar (Statistik des *Costs of War*-Forschungsprojekts der Brown University).

Die Bilanz des Krieges ist verheerend: „Amerikas größtes strategisches Desaster“ (*Foreign Policy*). Die *SZ* stellt treffend fest, dass die USA und ihre Alliierten Afghanistan gedemütigt verlassen haben. Dass die letzten deutschen Soldaten nicht einmal anständig empfangen worden sind, kritisiert *FAZ*-Mitherausgeber Berthold Kohler: „Fußballspieler, die ein Achtelfinale verstopft haben, kann man so behandeln, nicht aber Soldaten.“ Der Journalist Alan Posener geht in der *Welt* einen Schritt weiter: „Das müsste auf den Grabsteinen der Gefallenen stehen: Ihr seid umsonst gestorben.“ Und Ludger Volmer bemerkte jüngst in dieser Zeitschrift: „Während die USA das „Recht zum Krieg“ hatten, verletzten sie das „Recht im Krieg“ und verloren damit auch Legalität.“ Nun haben wir die Debatte um diesen Krieg. Dabei gibt es das Spannungsverhältnis zwischen der „Logik der Werte“ und der „Logik der Macht“ (Heinrich August Winkler). „Der Truppenabzug“, so Herfried Münkler in der *NZZ*, „ist das Eingeständnis, dass sich der Westen mit dem Projekt einer liberalen Weltordnung überhoben hat.“ Münkler wertet den Abzug aus Afghanistan als „historische Zäsur“. Woraufhin der Journalist Richard Herzinger ebenjenem „professionalen Abgesang auf die liberale Weltordnung“ widerspricht. Eine rationale Analyse zeigt, dass Münklers These zutrifft.

Erstens haben sich die USA als Führungsmacht nicht nur überhoben, sondern die *Pax Americana* ist in Afghanistan völlig gescheitert. Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 galten die Verfolgung der al-Qaida-Terroristen und der Sturz des Taliban-Regimes als vordergründige

Ziele. Später kam, *zweitens*, die Demokratisierung Afghanistans als hehres, aber illusorisches Ziel hinzu. Fortan stand der Einsatz im Zeichen des *Nation-Building* mit militärischen Mitteln und missionarischem Impuls. Eine krachende Niederlage des „liberalen Imperialismus“ (Carlo Masala) ist gleichermaßen der völkerrechtswidrige Irakkrieg (2003). Vor dem Einmarsch in den Irak hatte Außenminister Colin Powell US-Präsident George W. Bush gewarnt: „*If you break it, you are going to own it.*“ Damit spielt Powell auf eine langfristige Strategie für die Nachkriegsordnung im Irak an, die bis dato fehlte. Eine kohärente Afghanistan-Strategie mit realistischen Zielen war ebenfalls nicht zu erkennen. *Drittens* fehlte das Verständnis für die afghanische Kultur und Gesellschaftsordnung: Ein Vielvölkerstaat mit vier dominierenden Stämmen (Paschtunen, Tadschiken, Usbeken/Turkmenen, Hazara) und vielen islamischen Strömungen. Daraus ergeben sich ethnisch-kulturelle Konflikte und eine Zersplitterung der Gesellschaft. Fortwährende Probleme sind die Korruption, der Analphabetismus, die Stadt-Land-Kluft und das Stammesdenken. Christian Graf von Krockow wies zu Recht darauf hin, dass Demokratie an eine spezifische politische Kultur, an Vorbedingungen gebunden sei, „die sich nicht ohne Weiteres herstellen und schon gar nicht schematisch auf andere Kulturen übertragen lassen.“ *Viertens* hat man die symbolische Wirkung unterschätzt, da sich die Intervention in den „Katalog von Kränkungen“ der islamischen Welt fügt und einen „Kampf der Kulturen“ entlang kultureller Bruchlinien befeuert.

Fünftens ist die gegenwärtige Situation Ausdruck der bevorstehenden Unruhe, des Chaos und der Hilflosigkeit innerhalb der afghanischen Bevölkerung: Die Taliban sind wieder auf dem Vormarsch und erobern unumwunden afghanische Städte: Kandahar, Herat, Lashkar Gah, Kundus, den früheren Bundeswehrstandort Masar-i-Scharif, und zuletzt die Hauptstadt Kabul. Die afghanische Armee hatte dem nichts entgegenzusetzen, obwohl mehr als 90 Milliarden US-Dollar aus den USA in die Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte geflossen sind. 350.000 Soldaten und Polizeikräfte sollen von westlichen Streitkräften ausgebildet worden sein. Hinzu kommen Schusswaffen, Munition, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge – eigentlich für den Kampf gegen die Taliban bestimmt, und jetzt in den Händen der radikalislamistischen Miliz. Demnach übernahmen bewaffnete Kämpfer der Taliban die Kontrolle über den Präsidentenpalast in Kabul und posierten stolz. „Unser Land wurde befreit und die Mudschaheddin haben in Afghanistan

gesiegt“, sagte einer von ihnen dem TV-Sender *Al-Jazeera*. Und wo weit währenddessen der afghanische Präsident Aschraf Ghani? In einem Akt politischer Feigheit flieht Ghani ins Ausland, mutmaßlich nach Tadschikistan, und erklärt bei Facebook: „Die Taliban haben gesiegt.“ Nun sei die Miliz verantwortlich für „die Ehre, das Eigentum und die Selbsterhaltung ihrer Landsleute“. Dass das hinterlassene Machtvakuum rasch genutzt und gefüllt werden würde, lag auf der Hand. Die *New York Times* titelte: „Afghanistans Regierung kollabiert“ und „Taliban erobern Afghanistan; U.S. scrambles to evacuate Americans“.

Bereits im Juli prophezeite das *Wall Street Journal*, dass Afghanistan „Joe Bidens Vietnam“ sei. Afghanistan, ein zweites Vietnam? Biden weist den Vorwurf brüsk zurück und will auch keine Parallelen erkennen. Nachdem die Taliban zu diesem Zeitpunkt kurz davor standen, die Hauptstadt Kabul einzunehmen, begannen die USA mit der Evakuierung ihrer Botschaft mittels US-Hubschraubern. Dabei erinnern die Bilder *volens volens* an den Fall bzw. die Evakuierung von Saigon 1975. Ein Bild maximaler Demütigung der einst unangefochtenen Weltmacht, damals wie heute wohlgerneht. „Biden hat seinen Saigon-Moment!“ stellt die *Bild*-Zeitung überschwänglich fest. Eine Assoziation, die Biden, der im „*America-is-back*“-Modus verharret, tunlichst vermeiden wollte. Symbolpolitik ist eben auch Machtpolitik. Die USA sind dem *machtstrategischen Paradoxon* zum Opfer gefallen: Die verwundbare Supermacht wollte Vergeltung für den 11. September 2001 und unbedingt ihre militärische Macht demonstrieren. Mit der *imperialen Überdehnung* haben die USA hingegen ihre Machtlosigkeit zur Schau gestellt. Kurzum: Der vermeintliche *war of necessity* ist zu einem kostspieligen *war of choice* geworden, der nicht zu gewinnen war. Somit markiert der unrühmliche Abzug aus Afghanistan das Ende eines zwanzigjährigen außenpolitischen Abenteuers, das einem Selbstbetrug gleicht und entsprechend quittiert wird. Statt die Sicherheit am Hindukusch zu verteidigen, hat man einen *postimperialen* Raum der Unsicherheit geschaffen. Es besteht die Gefahr, dass ein weiterer *failed state* entsteht, der in einzelne, schwer beherrschbare Territorien zerfällt und zu einer Hochburg des islamistischen Terrorismus heranwächst. Die Folgen werden Europa und Deutschland spüren: Migrationsströme, Gefährdung industrieller Großprojekte (Siemens Energy) und verstärkte Terrorgefahr.

Es ist bezeichnend, dass der Krieg genauso endet, wie er begonnen hat: mit der Herrschaft des Taliban-Regimes und dem Ziel, ein „*Islamisches Emirat*“ zu errichten. Aber schon Hegel wusste: „Wir lernen aus der

Geschichte, dass wir überhaupt nichts lernen.“ Warum haben die USA aus dem Fiasko im Irak und dem Aufstieg des *Islamischen Staates* (IS) nichts gelernt? Der Afghanistan-Veteran Jason Dempsey bietet eine polit-psychologische Erklärung in der *Washington Post* an: „Wir gingen davon aus, dass der Rest der Welt uns so sah, wie wir uns sahen. Wir glaubten, dass wir die Welt nach unserem Bild formen konnten, indem wir unsere Waffen und unser Geld einsetzten.“ Beide Annahmen hätten sich, folgert Dempsey treffend, „auf tragische Weise“ als falsch erwiesen.

Was bleibt? Die „Achse des Scheiterns“, die fehlgeschlagenen Interventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen, zeigen den Machtverlust der USA im mittlerweile multipolaren Nahen Osten. Die Destabilisierung der Region, Bürgerkriege und die Rückkehr des Terrorismus hat man bewusst in Kauf genommen. „Wenn das Ende der Macht in Sicht ist, ist die Macht am Ende“, schreibt Jakob Augstein. Als Folge von Hybris, Orientierungs- und Strategielosigkeit steht das Scheitern in Afghanistan für diese ohrenbetäubende Ohnmacht des Westens. 🌐

Majd El-Safadi

geb. 1997, B. A. Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie, studiert im Master *War and Conflict Studies* an der Universität Potsdam, Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Deutschlandstiftung Integration, Fulbright-Alumnus und *WeltTrends*-Redakteur
majd.elsafadi@welttrends.de



ANZEIGE



Papiere 16 | November 2011

Fiasco Afghanistan

Den Krieg um Afghanistan hat der Westen verloren - wieder einmal. Die Frage des Abzugs bestimmt die außen- und sicherheitspolitische Agenda, nicht nur in Washington D.C. und Berlin. Ziel ist, das "Fiasco Afghanistan" möglichst glimpflich enden zu lassen - aber wie? Die Frage hat auch 2011 nicht an Aktualität eingebüßt. Experten diskutieren die Ausgangslage des Afghanistan-Komplexes und analysieren Abzugsstrategien - klar, kontrovers, pointiert.

Beim Wort genommen:

„Das Maas ...“

... ist voll.“

Afghanistan-Debakel

„All diese Fragen haben ja zur Grundlage, dass in wenigen Wochen die Taliban das Zepter in Afghanistan in der Hand haben werden. Das ist nicht die Grundlage meiner Annahmen.“

„Wir alle haben die Lage falsch eingeschätzt. Da gibt es nichts zu beschönigen. Das gilt für die Bundesregierung, die Nachrichtendienste, die internationale Gemeinschaft.“

Außenminister Heiko Maas
Berlin, 9. Juni vs. 16. August 2021

„Bitter, dramatisch und furchtbar ...“

Bundeskanzlerin Angela Merkel
Berlin, 17. August 2021

Dass die Taliban so schnell in Kabul sein würden, war unmöglich vor auszusehen!

An allen Landstraßen waren Tempo-30-Schilder aufgestellt – sie haben sich einfach nicht dran gehalten!



Hiermit bestelle ich

- ein **Jahresabo** (12 Hefte) zum Preis von 58,- €
- ein **ermäßigtes Abo** (12 Hefte) zum Preis von 48,- €
(Studierende, Rentner, ALG-II-Bezieher)
- ein **Institutionenabo** (12 Hefte) zum Preis von 98,- €
- ein **E-Abo** (12 Hefte als PDF) zum Preis von 28,- €
- ein **Kombi-Abo** (12 Hefte als PDF und Print) zum Preis von 78,- €
- Expl. der **Ausgabe** Nr. zu je 5,80 € (zzgl. Porto)
Für Auslandssendungen wird ein gesondertes Porto erhoben.

Bitte
ausreichend
frankieren

Zahlung erfolgt per Rechnung, die Abonnements sind jederzeit kündbar.

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ/Ort

.....
E-Mail-Adresse

.....
Datum / Unterschrift

Oder hier bestellen: bestellung@welttrends.de | Fax 0331/721 2036 | www.welttrends.de

Welt Trends
MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Str. 26-52
D-14482 Potsdam



Die nächste WeltTrends-Ausgabe: Nr. 180 | Oktober 2021

Desaster Afghanistan

Bilanz eines Krieges

Perspektiven für Afghanistan

Weiterhin:

Libanon – Ein Jahr nach der Explosion

Indien und die Pandemie



» Gibt's das auch
in digital? «



WeltTrends im E-Abo

Jetzt Preisvorteile nutzen!

Elektronisches Abo abschließen und sparen.
Auch als Kombi (Digital & Print) erhältlich.

welttrends.de/abo

